

Sand im Getriebe 156

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Zuspitzungen



Argentinien: Für "Brot, Frieden, Land, Wohnung und Arbeit"

Großdemonstration am 7.8.2024; Bild: [resumenlatinoamericano](https://resumenlatinoamericano.com); <https://amerika21.de>

Inhaltsverzeichnis

EU-Wahlen3	Julian Assange ist frei , von Ingeborg Schellmann 25
<u>Eric Toussaint</u> : Europa wird schwarz und braun. 3	
<u>Peter Wahl</u> : Zum Ausgang der EU-Wahlen8	Palästina27
Finnland: Linksbündnis besiegt die Rechtsextremen – Interview mit <u>Li Andersson</u> 10	<u>Internationaler Gerichtshof</u> : Rechtliche Konsequenzen aus Israels Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten.....27
Widerstand gegen Haushaltskürzungen 12	<u>Abkommen von 14 palästinensischen Organisationen</u>28
<u>Olivier Bonfond, Laurent Pirnay</u> : Haushalts- kürzungen in Europa mit voller Kraft zurück....13	Frieden muss sein29
Frankreich15	<u>Matthias Jochheim</u> : Politische Ökonomie von Aufrüstung und Krieg – Welche Gegenrezepte?29
<u>Front populaire!</u>15	<u>Ingeborg Schellmann</u> : Bayern Vorreiter der Militarisierung der Universitäten und Schulen..32
<u>Wahlprogramm der Neuen Front Populaire</u>17	<u>Martina Jäger</u> : Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen in Deutschland34
NFP: <u>Finanzierung der Maßnahmen</u>18	Initiative „ <u>Frieden schaffen</u> “: Nein zu Deutschland als Kriegspartei35
Ein kurzer <u>Wahlkampf</u>19	Initiative „ <u>Nie wieder Krieg</u> “: Unterstützung für bundesweite Friedensdemo am 3.10.2024.....36
Nach dem ersten Wahlgang am 30. Juni 2024...20	
<u>Die NFP bildet die stärkste Parlamentsgruppe</u> . 21	
<u>Regierungsbildung</u> : Macron lehnt den Vorschlag der Linken ab.....21	
<u>Strategien?</u>23	
<u>Étienne Balibar</u> : Volksfront?23	

Vorwort

Militärische Zuspitzungen

Weitere Kriegsgewitterwolken ziehen am Horizont herauf. Die EU, vor 12 Jahren noch mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, ballt im Ukraine-Konflikt die militärische Faust. Deutschland bietet den Vereinigten Staaten von Amerika die dauerhafte Stationierung weitreichender Waffensysteme ab 2026 an (siehe hierzu: Martina Jäger, Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen in Deutschland).

Über allem schwebt das Menetekel der nuklearen Vernichtung durch einen womöglich unkontrollierten Erstschlag. Die Initiative „Frieden schaffen“ erklärt: „Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die „ultima ratio“, sie ist die „ultima irratio“. Matthias Jochheim analysiert die Politische Ökonomie von Aufrüstung und Krieg. Ingeborg Schellmann beschreibt den Widerstand gegen Bayerns Vorhaben, Universitäten und Schulen zu militarisieren.

Soziale Zuspitzungen

Olivier Bonfond und Laurent Pirnay warnen, dass „Haushaltskürzungen in Europa mit voller Kraft zurück“ sind. Aber: „Es gibt einen alternativen Wirtschaftsweg, der Steuergerechtigkeit und Umverteilung mit sich bringt und Arbeitsplätze und Wohlstand schafft“, erklären rund 1000 Absolvent*innen von französischen Elitehochschulen in Frankreich, die sich für die Umsetzung des Programms der Neuen Front Populaire aussprechen.

Politische Zuspitzungen

Eric Toussaint analysiert die EU-Wahlen: „Europa wird schwarz und braun“.

Peter Wahl hebt hervor: „Es ist ein strategischer Fehler emanzipatorischer Politik, sich nur auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu kaprizieren und die extreme Mitte darüber zu vernachlässigen.“

Étienne Balibar mahnt: „Es ist absolut sinnlos, Angst und Hass, die *verinnerlicht* und *kollektiviert* sind, zurückdrängen zu wollen, wenn man weder die Mittel noch die Absicht hat, die soziale Unsicherheit und ihre strukturellen, globalen und dauerhaften Ursachen zu bekämpfen. [...] Um daran etwas zu ändern, müsste der Abbau von sozialen Rechten und öffentlichen Dienstleistungen gestoppt und umgekehrt werden, so dass ihre *Universalität* gerechtfertigt wird.“ (dazu auch Li Andersson, deren Linksbündnis in Finnland die Rechtsextremen bei den EU-Wahlen zurückdrängen konnte).

Die Mobilisierungen in Frankreich und die unerwartete Bildung der Neuen Front Populaire (NFP) haben das Rassemblement National gebremst. Jetzt wird über die passende Strategie gerungen, aber auch über die Umsetzung des Wahlprogramms der NFP.

Zuspitzungen um Grundrechte, die in einer schreienden Stille gezeugt werden:

2024 leiden immer noch so viele Menschen an Hunger, Wassermangel und fehlender medizinischer Versorgung, obendrein an den vielen verheerenden Umweltkatastrophen.

Zuspitzungen um Grundrechte, die vom israelischen Staat mit kolonialistischer Logik hinweggefegt werden.

Der Internationale Gerichtshof stellte vor einem Monat fest: „Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig. Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden. Alle Staaten sind verpflichtet, [...] keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten.“ – „Alle Staaten“, also auch Deutschland!



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-)Bewegungen (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entzweifeln“; Attac-Charta vom Dezember 1998). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion:** sand-im-getriebe@posteo.de

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

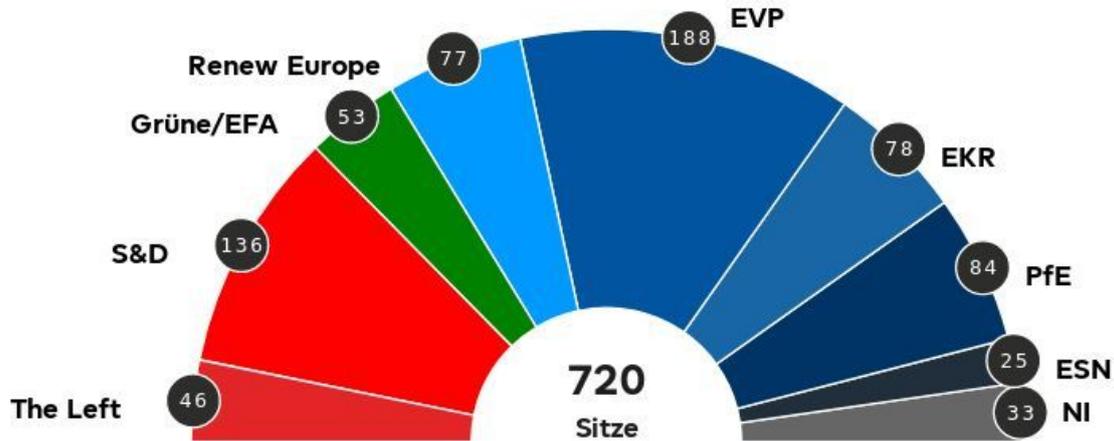
EU-Wahlen

Eric Toussaint

Europa wird schwarz und braun

28. Juni 2024, <https://www.cadtm.org/Europe-is-turning-black-and-brown>

EU-Parlament, 2024 -2029, <https://results.elections.europa.eu/de/>



Wie sind die Ergebnisse der EU-Parlamentswahlen zu interpretieren?

Die erste Beobachtung

Bei den EU-Wahlen, die zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 in allen 27 Mitgliedsländern stattfanden, war die **Wahlbeteiligung erneut sehr niedrig**. Der Durchschnitt für die gesamte Europäische Union lag bei 51 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Länder mit Wahlpflicht in die Berechnung dieses Durchschnitts einfließen – zum Beispiel Belgien, wo die Wahlbeteiligung bei 90 % lag. Ohne diese Länder würde die Wahlbeteiligung unter die 50%-Marke fallen.

Von den 27 EU-Mitgliedstaaten hatten 15 eine Wahlbeteiligung von weniger als 50 %. Und in den Ländern, die kürzlich der EU beigetreten sind, waren die Raten extrem niedrig. **In Kroatien lag die Wahlbeteiligung bei nur 21,35 %.** Kroatien trat der EU erst 2013 bei und wurde erst 2023 Teil der Eurozone und des Schengen-Raums.

In **Litauen**, das 2004 der EU beigetreten ist, lag die Wahlbeteiligung bei 28,35 %. In den beiden anderen baltischen Republiken lag die Quote in **Lettland** bei 34% und in **Estland** bei 37,6 %.

Auch diese Länder verzeichneten eine niedrige Wahlbeteiligung: die **Tschechische Republik** mit 36,45 %, die **Slowakei** mit 34,40 %, **Portugal** mit 36,5 %, **Finnland** mit 40,4 %, **Bulgarien** mit 33,8 % und **Griechenland** mit 41,4 % (und denken Sie daran, dass in den beiden letztgenannten Ländern Wahlpflicht besteht!).

Italiens Quote (48,3 %) war um 6 % niedriger als 2019.

In Frankreich lag die Wahlbeteiligung bei 51,50 %.

Von den großen Ländern der Europäischen Union liegt nur Deutschland mit 65 % deutlich über der 50 %-Marke.

Fazit: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union hat keine Begeisterung für die EU-Institutionen und sieht keinen Sinn darin, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Bürger der Länder des ehemaligen Ostblocks oder Südeuropas, die voller Hoffnung waren, als ihre Länder Teil der EU oder später der Eurozone oder des Schengen-Raums wurden, sind offensichtlich enttäuscht von den nicht eingelösten Versprechen einer verbesserten Lebensqualität. Die Hoffnungen auf Fortschritte im Bereich der sozialen Rechte haben sich nicht erfüllt – ganz im Gegenteil.

Das Europäische Parlament nimmt zwar manchmal einige relativ positive Entschlüsse an, aber es hat keine wirkliche Macht. Es sind die EU-Kommission und der Rat, die die wirklichen Entscheidungen treffen; und die großen Länder wie Deutschland und Frankreich haben dort entscheidenden Einfluss.

Und vergessen Sie nicht die Zwangsrolle, die die Europäische Zentralbank bei mehreren Gelegenheiten spielte, wie im Fall Griechenlands im Jahr 2015, wo sie ihre Macht nutzte, um eine Regierung zu destabilisieren, die nicht fügsam genug war, um die von den wirklichen Entscheidungsträgern der EU festgelegte Politik zu befolgen.

Diese Politik wird den Bevölkerungen von den Regierungen der Länder, die die EU wirtschaftlich und politisch dominieren, und von den großen privaten Unternehmen, insbesondere den großen Privatbanken und Investmentfonds, aufgezungen.

Während der Coronavirus-Pandemie (2020-2021) haben die Bürgerinnen und Bürger auch erkannt, dass die Staats- und Regierungschefs der EU nicht in der Lage waren, eine wirksam schützende Gesundheitspolitik umzusetzen.

Und seitdem hat die EU nichts zur strukturellen Verbesserung der Situation getan – sie weigerte sich, eine Pharmaindustrie aufzubauen, die in der Lage ist, auf eine neue Pandemie zu reagieren, weigerte sich, den Vorschlag von 135 Ländern des globalen Südens zu unterstützen, die Anwendung von Patenten auszusetzen, den universellen Zugang zu Impfstoffen zu gewähren und hat stattdessen die europäische Rüstungsindustrie und eine Erhöhung der Militärausgaben unterstützt.

Zweite Beobachtung

Die konservative Rechte und die extremen Rechte sind erheblich gestärkt hervorgegangen.

Politische Gruppierungen, die sich selbst als zentristisch oder **Mitte-Rechts** dargestellt haben, obwohl sie eine rechtsextreme Politik in Bezug auf Migranten, Asylbewerber und die beschleunigte Remilitarisierung Europas betreiben, erleiden in bestimmten Fällen schwere Verluste. Dies gilt insbesondere für die Fraktion um die Partei von Emmanuel Macron, Renaissance, die 10 Sitze verlor und von 23 auf 13 zurückfiel.

Ein weiteres Beispiel ist Open VLD des belgischen Premierministers Alexander De Croo, die die Hälfte ihrer Sitze verloren haben. Die Wähler bevorzugen das Original (die extreme Rechte oder die harte konservative Rechte) gegenüber einer blassen Imitation.

Die anderen großen Verlierer sind die europäischen **Grünen**, die für ihre Kompromisse beim Klimawandel, der Umweltkrise und der Steuerung von Migration und Asyl bezahlt haben. Sie bezahlten auch für ihre Unterstützung der Remilitarisierung Europas und ihre Ausrichtung an der NATO. Bei bestimmten Anlässen haben die Grünen eine grundlegende Rolle bei der Bildung von Mehrheiten im Parlament und der Verabschiedung der wichtigsten Maßnahmen der Legislaturperiode 2019-2024 gespielt (Europäischer Grüner Deal, Remilitarisierung Europas, Migrations- und Asylpakt usw.).

In ihren jeweiligen Ländern, zum Beispiel in Deutschland und Belgien, waren die Grünen Komplizen rechter Politik.

Wie Miguel Urban schreibt: "Während sie 2019 bis zu einem gewissen Grad als Kräfte für die Erneuerung und Modernisierung einer ineffektiv gewordenen Zwei-Parteien-Regierung anerkannt wurden, führte ihre Unfähigkeit, die Erwartungen zu erfüllen, dazu, dass sie einen hohen Preis bei den Wahlen zahlten." ([CADTM, 17.6.2024](#))

Die Fraktion der Europäischen Grünen verlor 17 Sitze und kam von 71 auf 54 Sitze. Die Fraktion der Grünen war die viertgrößte Fraktion im Europäischen Parlament, vor den beiden rechtsextremen Fraktionen ECR und ID. Sie liegt jetzt auf dem sechsten Platz. Die beiden rechtsextremen Gruppen liegen nun vor ihnen.

Dritte Beobachtung

Die **Koalition aus drei Fraktionen**, die die europäischen Institutionen regiert, hat ihre Mehrheit behalten, obwohl sie von 417 auf 406 Sitze geschrumpft ist, und kann die EU weiterhin regieren.

Zu dieser Koalition gehören die Europäische Volkspartei; die "sozialdemokratische" Gruppe sozialistischer Parteien; und Renew Europe (zu dem Emmanuel Macrons Renaissance, Open VLD von Alexander de Croo – der am Wahlabend nach der Niederlage seiner Partei zurücktrat – und die VVD von Mark Rutte, dem ehemaligen niederländischen Premierminister, gehören).

Aber **die dominierende Fraktion im Europäischen Parlament – die Europäische Volkspartei, in der die CDU/CSU von Ursula von der Leyen und die spanische PP dominieren – ist eindeutig bemüht, Giorgia Meloni und ihrer rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia (Mitglied der EKR-Fraktion) die Hand zu reichen**, um Italien in die europäische Regierungsführung einzubeziehen.

Meloni ihrerseits wird durch ihren eigenen Wahlerfolg am 9. Juni durch den Zuwachs der rechtsextremen Parlamentsfraktion, die sie anführt und die von 69 auf 83 Abgeordnete angewachsen ist, gestärkt. Sie fordert einen Platz unter den EU-Spitzenpolitikern und argumentiert, dass Renew Europe von 102 auf nur noch 75 Abgeordnete gesunken ist.

Vierte Beobachtung

Die Fraktion der "radikalen Linken" – die kleinste Fraktion im Europäischen Parlament – hat trotz Verlusten in einigen Ländern wie in Portugal, wo sowohl der Linksblock als auch die PCP fast die Hälfte ihrer Stimmen und Sitze verloren haben, insgesamt an Stärke gewonnen und ist von 37 auf 39 Sitze gestiegen. Sie könnte weiter wachsen, da sich ihr die fraktionslosen Abgeordneten und die Unabhängigen, die mehr als 80 Abgeordnete vertreten, anschließen könnten.

Abgesehen von der Zusammensetzung und der Anzahl der radikalen linken Gruppe The Left sind bestimmte Erfolge zu verzeichnen.

La France Insoumise zum Beispiel schnitt im Vergleich zu ihren Ergebnissen von 2019 gut ab: Die Partei stieg von 7 auf 9 Abgeordnete, mit fast 10 % der Stimmen. [Ein hervorragendes Ergebnis erzielte auch das Linksbündnis in Finnland](#), das seine Zahl der Abgeordneten um das Dreifache von 1 auf 3 erhöhte und 17 % der Stimmen erhielt, während die rechtsextreme Partei der Finnen von 13,8 % auf 7,6 % stark zurückging.

Wir sollten auch die Ergebnisse der radikalen Linken in Belgien hinzufügen, wobei die Arbeiterpartei Belgiens (PTB) ihr Ergebnis und ihre Vertretung im EU-Parlament verdoppelt hat (siehe unten). **Auch Italien ist ein typisches Beispiel, wo das Grünen-Links-Bündnis fast 7 % der Stimmen erreichte** und zwei Sitze im EU-Parlament gewann.

Fünfte Beobachtung

Die Krise der politischen Systeme spiegelt sich neben dem Erstarken der extremen Rechten weiterhin in der **Entstehung und dem Erfolg kurzlebiger Listen** wider, die ihren Einfluss auf die sozialen Netzwerke und den Wunsch der Wähler nach Alternativen außerhalb der traditionellen oder sogar "klassischen" rechtsextremen Parteien nutzen.

Zwei Beispiele:

- Die Liste von Fidiya Panayiotou, einem 24-jährigen zypriotischen TikToker, der den dritten Platz belegte und mit fast

20 % der Stimmen einen Sitz im Europäischen Parlament gewann;

- Alvis Pérez, der Kandidat von Se Acabó La Fiesta (Das Fest ist vorbei), eine der neuen Parteien Spaniens, die mit 800 000 Stimmen drei Sitze gewann. Alvis Pérez ist sehr aktiv in den sozialen Netzwerken Telegram und Twitter/X, wo er deutlich rechtsgerichtete Fake News verbreitet. Vor kurzem hat X ihm den Zugang zum Netzwerk entzogen. Er ist Ziel mehrerer Strafverfahren wegen Verleumdung und hofft, seinen Status als Europaabgeordneter nutzen zu können, um diesen während seiner Amtszeit zu entgehen.

Wie viel stärker ist die extreme Rechte geworden?

Die beiden rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament, die 2019 zusammen 118 Abgeordnete zählten, sind gestärkt aus den Wahlen 2024 hervorgegangen. Sie haben jetzt 134 Abgeordnete.

Die Gesamtzahl beträgt 149, wenn wir die 15 Abgeordneten der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) einbeziehen, die im Mai 2024 aus der von Marine Le Pen RN dominierten Fraktion Identität und Demokratie (ID) ausgeschlossen wurde, nachdem ihr Hauptkandidat während des Europawahlkampfes Pro-Nazi-Äußerungen gemacht hatte. Es sei darauf hingewiesen, dass die AfD am 9. Juni 2024 mit 15 Abgeordneten zur zweitgrößten politischen Kraft in Deutschland wurde, während sie bei der Europawahl 2019 mit 9 Sitzen auf dem fünften Platz lag. Wenn wir die Partei Fidesz-Ungarische Bürgerunion von Viktor Orbán hinzufügen, die bei den ungarischen Wahlen die Nase vorn hatte und 10 Sitze gewann, wären es insgesamt 159 Abgeordnete.

In der Tat sollte beachtet werden, dass eine Reihe von fraktionslosen Mitgliedern und Unabhängigen wahrscheinlich auch einer der beiden rechtsextremen Parlamentsfraktionen beitreten werden.

Die extreme Rechte hat es geschafft, die führende politische Kraft in Italien (Fratelli d'Italia), Frankreich (RN),

Ungarn (Fidesz-Ungarische Bürgerunion), den Niederlanden (Geert Wilders' PVV Partij voor de Vrijheid) und Österreich (FPÖ) zu werden.

Und sie ist die zweitstärkste Kraft in Deutschland (AfD) und Belgien (dank des Erfolgs des Vlaams Belang im flämischen Teil des Landes, der hinter der NVA, einer rechtsradikalen Partei, an zweiter Stelle steht).

Die extreme Rechte ist in Europa seit Beginn des Jahrhunderts stetig gewachsen. Wie Miguel Urban, scheidender Europaabgeordneter für Anticapitalistas, betont, hatten rechts-extreme Abgeordnete vor 20 Jahren Schwierigkeiten, eine Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden, da dafür [aus sieben Ländern Abgeordnete und mindestens 23 Sitze erforderlich](#) sind. Heute haben sie zwei große Fraktionen, die, wenn sie vereint wären, die zweitstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament darstellen würde.

In den letzten zehn Jahren ist die extreme Rechte in einer Reihe von Ländern entstanden, in denen sie zuvor keine Sitze hatte. Dies ist in Portugal bei der rechtsextremen Organisation Chega der Fall, die bei den letzten Parlamentswahlen im März 2024 18 % der Stimmen erhielt und zum ersten Mal mit zwei Sitzen ins Europäische Parlament einzog, nachdem sie am 9. Juni 9,8 % der Stimmen erhalten hat. [...]

Die Fraktion der Linken

Die siebtplatzierte Fraktion im Europäischen Parlament ist Die Linke (ehemals GUE/NL). [...]

Die Ergebnisse in **Frankreich** waren positiv, wo La France Insoumise 4 Sitze hinzugewann, von 5 auf 9; in Belgien, wo Die Linke dank der PTB 1 Abgeordneten gewann; in **Italien**, wo die Liste der Grünen und Linken (Alleanza Verdi e Sinistra, AVS) 2 Abgeordnete gewann; und in Finnland mit der Linksallianz, die von 1 auf 3 Abgeordnete gestiegen ist. Auf der anderen Seite werden zum ersten Mal seit langer Zeit die Izquierda Unida (IU) [...] und die französische KP (PC) im Europäischen Parlament nicht mehr vertreten sein, [...] Podemos, die 2023 die Regierung von Pedro Sánchez und Sumar auf einer linken Linie verließ, gewann 2 Sitze (gegenüber 5 im Jahr 2019). [...]

Die Partei **Die Linke** erhielt nur 2,7 Prozent der Stimmen und verlor 2 Sitze, von 5 auf 3 Abgeordnete, nachdem sie

eine Spaltung erlitten hatte, die von einer ihrer ehemaligen Führungspersonen organisiert wurde, die eine Bewegung mit ihrem Namen gründete: das Bündnis Sahara Wagenknecht (**BSW**).

Die neue Partei, die bei ihrer ersten Wahl 6,2 % der Stimmen (fast zwei Millionen Stimmen) und 6 Europaabgeordnete erhielt, wird wahrscheinlich nicht Teil der Linken sein. Wir werden sehen... Das Bündnis Sahara Wagenknecht erzielte in den neuen Bundesländern hohe Ergebnisse, erhielt teilweise 15 Prozent der Stimmen und landete auf dem dritten Platz hinter der rechtsextremen AfD und Ursula von der Leyens CDU/CSU, einem Mitglied der EVP. Es schließt nicht aus, mit dieser Partei (und mit der sozialistischen SPD) eine Vereinbarung zu treffen, um die östlichen Provinzen zu regieren und so die Machtübernahme der AfD zu verhindern.

Die neue Partei von Sahra Wagenknecht hat der SPD von Bundeskanzler Scholz, der Linken, der AfD, den Liberalen, den Grünen und der CDU-CSU Stimmen weggenommen, laut Reuters 500 000 von der SPD, 400 000 von Die Linke und 140 000 von der AfD. Sahra Wagenknecht und ihre Partei haben sich für die Kontrolle der Migrationsströme, für die Ablehnung von Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine nach der russischen Invasion und die Notwendigkeit, Verhandlungen zur Beendigung des Krieges aufzunehmen usw. ausgesprochen. Sie sind nicht für antikapitalistische Maßnahmen. Die Umwelt spielt in dem Programm eine marginale Rolle, ebenso wie LGBTQI+-Rechte.

Die neue Partei kann daher nicht als linksradikal eingestuft werden, aber es wäre ein Fehler, sie als rechte Partei einzustufen. In gewisser Weise erinnert ihr Programm an das Programm der kommunistischen Parteien der 1960er und 1970er Jahre (wie der Kommunistischen Partei Frankreichs): eine große Dosis Protektionismus zur Verteidigung sozialer Errungenschaften, das Streben nach einem Bündnis mit den Mittelschichten und Unternehmern, die in die nationale Produktion investieren und Arbeitsplätze schaffen, und der Widerstand gegen das globalisierte, internationalisierte und monopolistische Kapital.

Es ist eher eine antimonopolistische als eine antikapitalistische Linie. Wir müssen die Entwicklung des Sahra-Wagenknecht-Bündnisses genau verfolgen, ohne zu dämonisieren, sondern im Hinblick auf alle Themen, die eine klare linksradikale, internationalistische, ökologische, sozialistische und feministische Orientierung erfordern, uns kritisch äußern und darüber debattieren.

Unter den Erfolgen von Parteien oder Listen, die Teil der Linken sind, sollten wir die guten Ergebnisse der PTB (Arbeiterpartei Belgiens) erwähnen, einer Partei maoistischen und stalinistischen Ursprungs, die sich vor etwa zwanzig Jahren öffentlich von diesen Loyalitäten losgesagt hat.

Im flämischsprachigen Teil des Landes verdoppelte die PTB ihre Stimmen auf 8,2 % und erhielt ihren ersten gewählten Abgeordneten im flämischen Wahlkollegium. In der französischsprachigen Region (Wallonien und französischsprachiges Brüssel) erzielte sie 15,4 % und behielt damit einen Abgeordneten. [...] Die PTB ist linksradikal orientiert und internationalistisch, vermeidet es aber, antikapitalistische Maßnahmen vorzuschlagen.[...]

Die angenehmste Überraschung kommt aus Italien, wo die Liste der Grünen und Linksallianz (AVS) 6,8% der Stimmen und 5 Sitze im Europäischen Parlament gewann, von 1 auf 6 Sitze. [...] Die italienische Lehrerin Ilaria Salis, 39, die Anfang 2022 in Ungarn wegen Gewalt gegen Neofaschisten während einer antifaschistischen Demonstration festgenommen wurde, wurde Anfang 2023 in Budapest festgenommen und sitzt seitdem inhaftiert, wobei ihr eine Haftstrafe von bis zu 24 Jahren droht. Als Kandidatin auf der AVS-Liste wurde sie in das Europäische Parlament gewählt und daraufhin freigelassen. Das sind sehr gute Nachrichten.

Eine weitere gute Nachricht ist, dass ein italienischer Bürgermeister, Mimmo Lucano, dem 2019 von der Regierung

von Matteo Salvini mit Gefängnis gedroht wurde, weil er ein Migrantenschiff in den Hafen seiner Kleinstadt Riace einlaufen ließ, ebenfalls auf derselben Liste wie Ilaria Salis ins Europäische Parlament gewählt wurde.

Die Analyse des scheidenden Europaabgeordneten **Miguel Urban** zur Krise der Linken ist völlig richtig. Ich unterstütze sie von ganzem Herzen und möchte eine lange Passage aus einem seiner letzten Artikel zitieren:

"Während die extreme Rechte in ganz Europa auf dem Vormarsch zu sein scheint, steckt die Linke als kleinste Fraktion im Europäischen Parlament in einer existenziellen Krise fest und muss sich fragen, was sie falsch gemacht hat, um zuzulassen, dass die extreme Rechte als Ausdruck des Unbehagens und als Vehikel für Wahlproteste wahrgenommen wird. Warum hat die Linke aufgehört, eine Kraft zu sein, um Unzufriedenheit und Protest zu bündeln, gegen das Establishment und dessen "Gaslighting" der Menschen auf der untersten Sprosse der Leiter zu protestieren? Und vor allem, wie können wir das wieder werden?"

Denn erst vor zehn Jahren gewann die linksradikale SYRIZA-Koalition die Europawahlen im Juni 2014 in Griechenland, ein Vorläufer ihres Sieges bei den nationalen Wahlen ein Jahr später, und zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg übernahm eine Kraft links von den Sozialdemokraten die Kontrolle über eine Regierung in einem EU-Land. Erst vor zehn Jahren stürmte eine neue politische Kraft, Podemos, ins Europäische Parlament und überholte in etwas mehr als einem Jahr fast die spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) mit über fünf Millionen Stimmen und 21 Prozent der Stimmen.

Ein paar Jahre später kommen wir nicht umhin, uns an Walter Benjamins klassische These zu erinnern: "Jeder Aufstieg des Faschismus zeugt vom Scheitern einer Revolution." Eine Aussage, die, wenn man sie aus ihrer wörtlichen Bedeutung extrapoliert, immer noch relevant ist, um zu verstehen, wie der Aufstieg des autoritären Neoliberalismus und/oder der extremen Rechten auch mit den aktuellen Schwächen der Linken zusammenhängt. Dies ist eine nützliche These, die uns hilft, die Risiken der Mäßigung seitens linker Regierungen und ihre Unfähigkeit, auf die Erwartungen der Arbeiterklasse an Veränderungen zu reagieren, wie es bei SYRIZA in Griechenland sowie bei PSOE und Sumar in Spanien der Fall war, im Auge zu behalten. Denn wenn diese Erwartungen enttäuscht werden, entstehen Unzufriedenheit und Frustration, und die Logik des "es ist unmöglich", des "sie sind alle gleich", der neoliberalen Antipolitik, die die dunklen Leidenschaften nährt, auf denen die reaktionäre Internationale aufgebaut ist, setzt sich durch.

Die Mehrheit der europäischen institutionellen Linken muss noch die Lehren aus der Niederlage des SYRIZA-Regierungsexperiments ziehen, aus den Grenzen eines reformistischen Projekts in einem Kontext der Regimekrise, in dem es keinen Raum für Reformen gibt, und aus der Rolle, die die EU als konzentrierter Ausdruck des neoliberalen Marktconstitucionalismus spielt, in dem die so genannten EU-Regeln

Vorrang vor dem Recht der Nationalstaaten und damit vor dem Recht der Bevölkerung auf Souveränität haben. Die Erfahrungen der ersten SYRIZA-Regierung, das Anti-Austeritäts-Referendum in Griechenland im Juli 2015 und die Verhängung des Austeritätsmemorandums durch die Troika haben dies deutlich demonstriert.

Wenn die Linke keine Alternativen zu Unordnung, Klimakrise, sozialer Unsicherheit, Migrationssteuerung und wachsender Ungleichheit anbietet, werden diese Themen von der extremen Rechten aufgegriffen, um diejenigen, die anders sind, auszuschließen, zu bestrafen und zu kriminalisieren.

Die Linke muss die Krise des kapitalistischen Regimes verstehen, in der wir uns befinden, eine Krise, die in immer mehr sozialen Sektoren wachsende Unzufriedenheit hervorruft. In vielen Fällen wird die Linke als Teil des Systems und damit als Teil des Problems angesehen. Es besteht kein Zweifel, dass die Linke sich in einer Krisenzeit wie der heu-

tigen überdenken muss – eine Aufgabe, die sie auf keinen Fall auf einen sehr gefährlichen Weg führen darf, den einer gewissen Faszination für die von der extremen Rechten aufgeworfenen Themen: Protektionismus, ausgrenzende Souveränität und Anti-Einwanderungspolitik. Wenn wir diese Probleme nicht im Rahmen des Wiederaufbaus eines Projekts angehen, das auf der autonomen Selbstorganisation der Arbeiterklasse basiert, mit hegemonialen Idealen und einem Vorschlag für eine ökosozialistische und feministische Gesellschaft, kann es so aussehen, als ob wir versuchen, die Vorschläge der extremen Rechten "herauszufordern", in einem weiteren vergeblichen Versuch, den Gegner nachzuahmen, um seine Erfolge zu "stehlen". Eine solche Taktik mag für die Rechte funktionieren, wenn sie die oberflächlichsten Aspekte der Linken kopiert, aber sie führt die Linke in die totale Ohnmacht und Selbsterstörung" (aus einem Artikel von Miguel Urban, der bald vollständig veröffentlicht wird).

Schlussfolgerungen

Der Rechtsruck der Institutionen, die die EU regieren, wird deutlich akzentuiert werden. Die Kommission, der Rat und die EZB werden den Druck erhöhen, die Schrauben der EU-Regierungen bei den Sozialausgaben anzuziehen.

Die Staatsverschuldung, die stark gestiegen ist, wird als Argument für immer drastischere Sparmaßnahmen dienen.

Im Kampf der Ideen werden wir erklären müssen, dass die Regierungen, die Kommission und die EZB die Staatsverschuldung erhöhen wollten, um die Ausgaben angesichts der Coronavirus-Pandemie und der dadurch verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Krise zu finanzieren.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs waren nicht bereit, die Superprofite der großen Pharmaunternehmen – insbesondere der Impfstoffhersteller – zu besteuern, die skandalöse Gewinne auf Kosten der Gesellschaft gemacht haben. Das Gleiche gilt für Einzelhandelsunternehmen – insbesondere solche, die sich auf Online-Verkauf und IT-Dienstleistungen spezialisiert haben – die ebenfalls enorme Gewinne erzielt haben. Als dann die Gaspreise im Zuge des russischen Einmarsches in der Ukraine in die Höhe schossen, waren die Regierungen nicht bereit, die Energiepreise zu kontrollieren und einzufrieren, so dass auch fossile Brennstoff- und Energieunternehmen auf Kosten der Gesellschaft enorme Gewinne erzielen konnten. Als die Lebensmittelpreise infolge des Krieges in der Ukraine und der Spekulation mit Getreide in die Höhe schnellten, machten die Getreideunternehmen Superprofite. Genau wie die großen Einzelhandelsketten, die die Einzelhandelspreise für Lebensmittel unverhältnismäßig und missbräuchlich erhöht haben, was zu einem starken Anstieg der Inflation und zu Kaufkraftverlust für die Arbeiterklasse führte.

Die Regierungen haben sich geweigert, außerordentliche Steuern auf die Gewinne zu erheben.

Übersetzung: SiG-Redaktion; [Übersetzung des gesamten Artikels](https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-156) auf der Webseite <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-156>

Hinweis: [The Drums of War are Banging in Europe](#), 6. Juni 2024, von Eric Toussaint, Paul Murphy, Miguel Urbán Crespo

Auch die Rüstungskonzerne profitieren noch mehr von den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten.

In dieser Situation und mit dieser Weigerung, Steuern von den Reichsten und von den Unternehmen zu erheben, die von der Krise profitiert haben, haben die Staaten zunehmend auf Schuldenfinanzierung zurückgegriffen, anstatt sich über Steuereinnahmen zu finanzieren, mit Ausnahme der indirekten Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer), die für die große Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere für die Sektoren mit dem niedrigsten Einkommen äußerst schädlich sind. Im Kampf der Ideen müssen wir zeigen, dass aus diesen Gründen ein großer Teil der Staatsverschuldung illegitim ist und geprüft und erlassen werden muss.

Die Migrationspolitik der europäischen Staats- und Regierungschefs und der nationalen Regierungen wird sich ebenfalls verschärfen. Menschenrechtsverletzungen werden zunehmen, trotz der Anprangerung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Menschenrechtsverbände.

Auch die Untätigkeit der europäischen Regierungen und Institutionen beim Klimaschutz wird sich verschlimmern.

Die Aufrüstung wird sich beschleunigen.

Rechtsextreme Rhetorik und die Politik, die sie unterstützt, werden sich wahrscheinlich weiter ausbreiten. Infolgedessen werden der antifaschistische Kampf und die Protestaktionen gegen den Aufstieg der extremen Rechten immer wichtiger.

Soziale Bewegungen und politische Parteien der Linken müssen mit einem entschlossenen Programm für den Bruch mit dem Kapitalismus die Initiative zurückgewinnen und nicht weniger entschlossen in ihren Bemühungen um die Vereinigung sein.

Peter Wahl

Zum Ausgang der EU-Wahlen

Fünf Thesen

1. Wichtigstes Ergebnis: Politisches Chaos in Frankreich

Eigentlich sind die Wahlen des EU-Parlaments im Vergleich zu nationalen Wahlen in großen Mitgliedsländern vergleichsweise unbedeutend. In der machtpolitischen Hierarchie der Brüsseler Institutionen ist das Parlament Schlusslicht. Es fehlt ihm auch die wichtigste Funktion eines Parlaments, die Gesetzesinitiative, und es gilt nicht das grundlegende demokratische Prinzip „*Ein Mensch – eine Stimme*“, denn für einen Sitz sind in Deutschland zehn mal mehr Stimmen nötig als in Malta (sog. *regressive Proportionalität*). Leider muss auch in einer Linken, in der viele den Supranationalismus der EU mit Internationalismus verwechseln, immer wieder an den undemokratischen Charakter des Herrschaftsprojektes EU erinnert werden.

Im Vorfeld wurden die Wahlen zu Schicksalswahlen gehypt, weil die extreme Mitte um den Verlust ihrer Mehrheit durch die neue Rechte bangte. Die gewannen zwar deutlich hinzu, aber der herrschende Block aus Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen hat wieder seine Mehrheit. Insofern also nichts Neues.

Dennoch haben die Wahlen eine Schockwirkung erzeugt, nicht wegen der Erfolge der extremen Rechten, sondern weil der französische Exponent der extremen Mitte, Macron, nach der krachenden Niederlage seiner Partei völlig überraschend Neuwahlen für die französische Nationalversammlung anordnete.

Statt die Lage zu klären, haben die französischen Wahlen zu Chaos geführt. Es stehen sich jetzt drei Machtblöcke in der Nationalversammlung gegenüber, von denen keiner die zur Regierungsbildung nötige absolute Mehrheit hat. Damit steht das zweitgrößte Land der EU vor einer Handlungsblockade, die bereits jetzt zu krassen innenpolitischen Verwerfungen führte. Dabei nutzt Macron skrupellos die Macht, die ihm die autoritäre Verfassung der Fünften Republik gewährt, um eine Regierung unter Beteiligung der stärksten Partei auf der Linken, *La France Insoumise*, zu verhindern. Gegenwärtig (Ende Juli) weiß niemand, wie lange sich die Krise hinziehen und wie sie ausgehen wird. (1)

2. Eine Bürde für die ganze EU

Das Chaos in Frankreich ist auch eine Belastung für die EU und absorbiert einiges an Handlungsspielräumen in Brüssel. Entscheidungen sind mit mehr Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung konfrontiert. Frankreichs Position ist sowohl innerhalb der EU als auch nach außen hin geschwächt. Macron wird zunehmend als „*lahme Ente*“ wahrgenommen. Aber auch das Image der EU in der Weltöffentlichkeit wird davon in Mitleidenschaft gezogen.

Geschwächt sind auch jene Strömungen in der EU, die sich im Anschluss an Macrons Neo-Gaullismus für mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA einsetzen.

All das geschieht vor dem Hintergrund von – durchaus berechtigten – Abstiegsängsten der EU angesichts der geopolitischen Umbrüche in der Welt, den Kriegen in der Ukraine und Nahost und der innenpolitischen Krise der Supermacht USA.

3. Aufstieg der extremen Rechte in den Ursprungsländern des Integrationsprozesses

Auffällig ist der Erfolg der extremen Rechten in den Ländern, mit denen die europäische Integration in den 1950er Jahren begann: Le Pen in Frankreich, AfD in Deutschland, Meloni (schon vor den EU-Wahlen) in Italien, Geert Wilders in den Niederlanden (ebenfalls schon vor den EU-Wahlen) und in Belgien die N-VA und der Vlaams Belang. Lediglich Luxemburg ist eine Ausnahme.

Die Tendenz ist Indiz für einen drastischen Legitimitätsverlust der EU, denn die meisten Parteien der Neuen Rechten nehmen aus nationalistischen Motiven eine kritische Haltung zumindest zur weiteren Vertiefung der Integration ein. Da die Mehrheit der Linken eine grundsätzliche Kritik an der EU aufgegeben und sich staatstragend in den europäischen Mainstream eingefügt hat, wird die Neue Rechte von vielen als einzig relevante Kraft gegen den Brüsseler Neoliberalismus und Bellizismus wahrgenommen.

In dieses Bild passen auch die Verluste der Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen, die als Avantgarde des Europäismus auftreten.

4. Deutsche Trends: AfD weiterhin stark, Pleite der Ampel, Erfolg von BSW

Die AfD ist trotz aller Gegendemonstrationen, trotz Skandalen und trotz massiven Einsatzes zweifelhafter Instrumente gegen sie, wie dem Inlands-Geheimdienst (sog. *Verfassungsschutz*), zweitstärkste Partei bundesweit. Sie hat fast 5 % zugelegt und ist im Osten sogar stärkste Partei, während die Ampelparteien verloren haben, besonders drastisch die Grünen. Im linken Spektrum ist DIE LINKE auf existenzbedrohende Weise eingebrochen, während BSW aus dem Stand 6,2 % holte.

Für die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden sich den Prognosen zufolge die Trends aus der EU-Wahl noch verstärken.

D.h. die Instabilität des etablierten Parteiensystems hat zugenommen und dürfte auch weiter zunehmen. Das ist Ausdruck der allgemeinen Krise und der daraus resultierenden Verunsicherung und politischen Polarisierung. Die Zeiten, in denen die BRD als Insel der Stabilität galt, sind definitiv vorbei.

5. Konsequenzen für emanzipatorische Europapolitik

Wenn sowohl innenpolitisch als auch international dramatische Veränderungen auftreten, kann emanzipatorische Politik nicht Business as usual machen. Die strategische Verarbeitung der neuen Situation ist natürlich ein Prozess, der noch am Anfang steht. Insofern sind die folgenden Punkte als Diskussionsanstöße zu verstehen:

- Die EU ist in eine neue Etappe eingetreten. Auch wenn schon früher der Anspruch Friedensprojekt zu sein, ideologisch war, so sind die Sehnsucht nach Weltmachtstatus, der aggressive Bellizismus und das militaristische Auftreten eine neue Qualität. Die Nominierung von Kaja Kallas, eine russophobe Fanatikerin, als Außenbeauftragte, ist nur ein Beleg unter vielen. Die Weichen sind auf eine lange Periode von Konfrontation, Rüstungswettlauf und Kaltem Krieg gestellt. Wie immer unter solchen Bedingungen tragen hauptsächlich die subalternen Klassen und Schichten die sozialen und ökonomischen Lasten. Auch die Demokratie erodiert nach ihren Verfallserscheinungen durch das *there is no alternative* des neo-liberalen Autoritarismus jetzt zusätzlich, wenn die EU zur militaristischen Wagenburg wird. Es braucht daher mehr denn je grundlegende EU-Kritik von links.
- Die Strategie, die extreme Rechte in Kategorien von Faschismus/Antifaschismus stoppen zu können, ist gescheitert. Der inflationäre Gebrauch des Faschismusvorwurfs hat – ähnlich wie der des Antisemitismusvorwurfs – den Begriff zur Analyse einer offen terroristischen Herrschaftsvariante des Kapitalismus zum Kampfbegriff entwertet und den historischen Faschismus damit verharmlost. Wenn Russland den Einmarsch in die Ukraine als antifaschistische Aktion

rechtfertigt, oder die Antifa die Vorlesungen des AfD-Gründers Lucke, ein Nationalkonservativer mit neoliberalen Einschlag, mit dem Argument sprengt, dieser sei ein Faschist, so wird das Gegenteil dessen erreicht, was man wollte. In vielen Fällen greift der Faschismusvorwurf auch deshalb nicht, weil rechtsextreme Parteien sich nicht nur verbal der extremen Mitte annähern, sondern programmatische Positionen real aufgeben. Die systemischen Anpassungszwänge der liberalen Demokratien gehen auch an der Neuen Rechten nicht spurlos vorbei. Die Linke weiß selbst ein Lied davon zu singen, wie Parlamentarismus und das Streben nach Regierungsbeteiligung die politische Substanz verändert. Dementsprechend sind Rechtsextreme, wie z.B. die FPÖ, nach Wahlniederlagen auch wieder in die Opposition gegangen.

- Es ist deshalb ein strategischer Fehler emanzipatorischer Politik, sich nur auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu kaprizieren und die extreme Mitte darüber zu vernachlässigen, oder – schlimmer noch – sich unter deren Hegemonie in eine vermeintliche ‚Front der Demokraten‘ einspannen zu lassen. Insbesondere der materielle wie mentale Militarismus der extremen Mitte ist brandgefährlich – nach innen wie nach außen. Wir haben es also mit zwei Gegnern zu tun. Das macht die Lage zwar noch komplizierter, aber solange die Linke nicht mehr als eigenständige Größe, sondern als angepasstes Anhängsel der extremen Mitte statt als Alternative für Unzufriedenheit und Protest in den multiplen Krisen des Kapitalismus wahrgenommen wird, sind weder der Aufstieg der Rechten noch ihr eigener Niedergang zu stoppen.

(1) Ausführlicher zu den Wahlen in Frankreich siehe: **Wahl, Peter. Frankreich - Von der Krise ins Chaos.** In: [Makroskop](#), 11.7.2024.

IMI-Studie, von der RLS gefördert: [Warum die AfD keine Friedenspartei ist](#)

PRO ASYL zum EU-"Asylpakt"



<https://www.proasyl.de/material/der-europaeische-asylpakt-und-seine-folgen>



medico international

Der Grundstein des Rechtsrucks in Europa wurde in der Migrationspolitik gelegt

[Leitartikel](#) des Rundschreibens 02/2024.

"[...] Vor kurzem wurde die seit vielen Jahren vorbereitete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) von der Mehrheit der Fraktionen im Europaparlament beschlossen. Diese Reform stellt eine [Zäsur in der Geschichte des europäischen Asylrechts](#) dar. Was im Fall von Elendslagern wie dem bei Moria auf Lesbos noch für Empörung gesorgt hat, erhält nun einen rechtlichen Rahmen: Der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl wird weitgehend abgebaut. Wer über einen „sicheren

Drittstaat“ einreist, darf nicht mehr auf ein faires Asylverfahren hoffen, sondern kann in Schnellverfahren an der Grenze abgewiesen werden. Während des gesamten Verfahrens, das Monate dauern kann, können Schutzsuchende unter haftähnlichen Bedingungen festgesetzt werden. Eine Ausnahme für Familien mit Kindern gibt es nicht. Und im Fall von „Krisen“ sind zusätzliche Verschärfungen möglich.

Die EU setzt außerdem seit vielen Jahren auf Rückübernahmeabkommen mit Ländern außerhalb Europas, unabhängig davon, wie es um deren rechtsstaatliche Verfasstheit geht und was Flüchtlinge dort erwartet.[...]"

Endlich Schluss mit EU-Wahlpropaganda: Welches Europa wollen wir wirklich?
von Peter Nowak, [Telepolis](#), 10.6.2024

In Finnland hat das Linksbündnis die Rechtsextremen besiegt

Ein Interview mit Li Andersson

<https://jacobin.com/2024/06/finland-left-alliance-european-elections>



Bild: <https://commons.wikimedia.org>

Bei den Europawahlen haben die einwanderungsfeindlichen Parteien zugelegt – der Durchbruch in Finnland gelang jedoch dem Linksbündnis, das 17% der Stimmen erhielt. [...]

Während die rechtsextreme Partei »Die Finnen« seit einem Jahr an der Regierung beteiligt ist, lag der große Gewinner der Wahl am Sonntag am anderen Ende des politischen Spektrums. Die sozialistische Linksallianz erhielt [17,3 Prozent der Stimmen](#) und wurde mit drei Abgeordneten in das Europäische Parlament gewählt, womit sie hinter der Mitte-Rechts-Koalition den zweiten Platz belegte. [...]

An der Spitze des Linksbündnisses stand die Parteivorsitzende [Li Andersson](#), die persönlich 247.600 Stimmen erhielt – eine von sieben abgegebenen Stimmen in Finnland. Das ist [...] das beste Ergebnis für die finnische Linke [seit 1979](#). Wie es sich für eine linke Kandidatin gehört, lehnte sie die anhaltenden Angriffe auf Arbeitnehmer und Einwanderer in Finnland und in ganz Europa entschieden ab.

In ihrem siegreichen Wahlkampf [forderte](#) sie auch Sanktionen gegen Israel wegen des Krieges gegen Gaza, Beschränkungen für Atomwaffen und eine differenzierte Betrachtung der internationalen Beziehungen. Trotz ihrer Forderungen, die die rechte Presse [erzürmt](#) haben - wie z.B. den Abgeordneten des Linksbündnisses eine [freie Abstimmung](#) im Parlament darüber zu ermöglichen, ob Finnland der NATO beitreten soll – wird sie von 25 Prozent aller finnischen Wähler als die kompetenteste [Parteivorsitzende](#) des Landes angesehen.

Chris Dite von *Jacobin* sprach mit Li Andersson über die Herausforderung der Linksallianz durch die extreme Rechte, die Kriegsgefahr und den Aufbau einer internationalen linken Alternative.

Chris Dite: Viele Menschen in Europa werden neidisch auf Ihre Ergebnisse schauen.

Li Andersson: Alle rot-grünen Parteien in Finnland, Dänemark und Schweden haben sehr gute Ergebnisse erzielt. In den nordischen Ländern wurde viel Arbeit geleistet, um moderne Parteien zu gründen und aufzubauen, die eine ehrgeizige Umwelt- und Klimapolitik mit den traditionellen Themen der Linken verbinden: Arbeitnehmerrechte, Investitionen in Sozialleistungen, gerechte Einkommensverteilung und so weiter. Man kann wirklich sehen, dass sich die Linke verändert. Diese Parteien entwickeln sich zu echten, eigenständigen Machtakteuren und sind nicht nur Unterstützungsparteien für die Sozialdemokraten. Sowohl in Finnland als auch in Dänemark haben die rot-grünen Parteien mehr Stimmen erhalten als die traditionellen sozialdemokratischen Parteien. Das zeigt, dass sie für viele Wähler zu einer Art "erster Alternative" auf der Linken werden.

Chris Dite: Die Stimmen für die finnische extreme Rechte sind bei diesen Wahlen eingebrochen. Bestrafen die Wähler »Die Finnen« für ihre Sparmaßnahmen während ihrer Regierungszeit?

Li Andersson: In Finnland und Schweden sind derzeit rechtsextreme Parteien an der Macht, die mit der traditionellen Rechten zusammenarbeiten und die Politik beeinflussen. Die Wähler haben gesehen, was sie tun, wenn sie an der Macht sind. In Finnland haben sie fast alle Wahlversprechen, mit denen sie in den Wahlkampf gezogen sind, gebrochen. Die Wirtschaftspolitik, die sie umsetzen, ist genau dieselbe wie die der traditionellen Rechtsparteien oder sogar noch schlimmer. Wir haben umfangreiche Kürzungen der Einkommen und der sozialen Sicherheit für viele Geringverdiener und erhebliche Angriffe auf die Gewerkschaften und die Rechte der Arbeitnehmer erlebt.

Während des gesamten Wahlkampfes war unsere Botschaft an die Wähler, dass wir sicherstellen müssen, dass diese Art von politischem Wandel nicht auf europäischer Ebene stattfindet. Und weil die Wähler wissen, was es bedeutet, wenn die extreme Rechte und die traditionelle Rechte zusammenarbeiten, haben sie sich von der extremen Rechte abgewendet. Die Partei »Die Finnen« hat eine sehr schlechte Wahl hinter sich, und auch die [Schwedendemokraten](#) haben stark verloren.

Chris Dite: [...] Hat Sie Ihre Erfahrung im Umgang mit der Partei »Die Finnen« darauf vorbereitet? Wie kann man der Anziehungskraft der extremen Rechten am besten begegnen?

Li Andersson: Diese Parteien mögen sich "nationalistisch" nennen, aber die finnische Erfahrung zeigt, dass die Machtübernahme der extremen Rechten schreckliche Folgen für die einfachen Menschen hat. Die Partei »Die Fin-

nen« hat alle einfachen Menschen, die sie gewählt haben, in allen Fragen, die ihre Rechte und ihren Alltag betreffen, verraten. In der Regierung war das einzige Thema, das die Partei »Die Finnen« bei den Verhandlungen mit ihren Koalitionspartnern interessierte, die Migration. Sie wollten, dass Finnlands bereits sehr restriktive Migrationspolitik noch restriktiver wird. Und sie waren bereit, alles andere zu vernachlässigen: Arbeitnehmer, Geringverdiener, Menschen, die Sozial- und Gesundheitsdienste benötigen. Ein wichtiger Teil der Strategie zur Bekämpfung der extremen Rechten besteht darin, diese finnische Erfahrung zur Sprache zu bringen.

Die extreme Rechte profitiert sehr vom Zynismus über die Zukunft. Sie ziehen die politische Atmosphäre in eine Richtung, in der sie so schrecklich ist, dass viele Menschen nicht mehr in die Politik gehen wollen. Das hat negative, reale Auswirkungen auf die Demokratie, insbesondere für Angehörige von Minderheiten. Eine weitere Erkenntnis, die ich aus den Wahlergebnissen in den nordischen Ländern ziehe, ist, dass wir gegen die extreme Rechte eine rot-grüne Politik brauchen, die Hoffnung macht. Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir in der Lage sind, auf die große ökologische Krise zu reagieren, die unser aller Zukunft betrifft, dass wir dieses Rennen nicht verloren haben, dass es eine Möglichkeit gibt, die Situation zu ändern.

Der andere entscheidende Punkt ist der "rote" Teil. Auf europäischer und nationaler Ebene können wir den rechtsextremen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen, indem wir soziale Fragen ernst nehmen und eine fortschrittliche Agenda verabschieden, die sich mit den Lebenshaltungskosten, dem Wohnungsbau, den Arbeitnehmerrechten sowie den Sozial- und Gesundheitsdiensten befasst. Wir müssen zeigen, dass wir, wenn die Linke an der Macht ist, Veränderungen herbeiführen können, die sich auf das tägliche Leben der Menschen auswirken.

Chris Dite: Junge Menschen, die sich in Finnland gegen den Krieg in Gaza [organisieren](#), haben kürzlich [einige ihrer Forderungen](#) durchgesetzt. Das Linksbündnis ist eine [konsequente Stimme](#) gegen den Krieg in Gaza und gegen die finnischen Profiteure der israelischen Gewalt. Glauben Sie, dass die junge Generation die allgemeine Debatte über Palästina verändert?

Li Andersson: Ich glaube das absolut. Für viele jüngere Wähler in Finnland ist der Gazastreifen eines der wichtigsten Themen. Soweit ich weiß, gilt das auch für die anderen nordischen Länder. Viele junge Menschen sind schockiert, dass die Welt so unfähig ist, menschliches Leid in dem Ausmaß, wie wir es in Gaza sehen, zu stoppen. Für viele junge Menschen ist die Doppelmoral unverständlich.

Das Linksbündnis hat viel über die Auswirkungen gesprochen, die dies für den so genannten "westlichen Block" in seinen Beziehungen zum globalen Süden und dem Rest der Welt haben wird. Das ist so unlogisch: Erst fordern, dass alle bei der Verurteilung Russlands mitmachen, sich dann aber weigern, dasselbe zu tun, wenn es um Israel geht.

Genauso wie wir alle Russlands illegale Invasion in der Ukraine verurteilen sollten, sollten wir in der Lage sein, Israels Aktionen im Gazastreifen zu verurteilen, die ebenfalls einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen. Das Linksbündnis hat zu Sanktionen gegen Israel aufgerufen und auch zum Einfrieren des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Israel, um Druck auf Israel auszuüben, damit es aufhört.

Chris Dite: Während Ihres Wahlkampfes haben Sie sich für eine erneute Diskussion über Atomwaffen in Finnland eingesetzt. Letztes Jahr haben Sie als Parteivorsitzende Ihren Abgeordneten eine freie Abstimmung über die Frage der NATO-Mitgliedschaft ermöglicht. Worin bestehen die Schwierigkeiten in der finnischen Debatte über Krieg und Frieden in Europa?

Li Andersson: Für die Menschen in Finnland sind Krieg und Frieden nichts Theoretisches. Krieg ist etwas, mit dem die Menschen in allen Familien schon vor einigen Generationen reale Erfahrungen gemacht haben. Außerdem gibt es bei uns eine allgemeine Wehrpflicht, d. h. die Bürger leisten ihren Militärdienst ab. Sie wissen, dass im Falle eines Krieges alle zum Einsatz kommen würden. Es ist nicht wie in den USA, wo normalerweise nur die Arbeiterklasse den Preis dafür zahlt.

Aus diesen Gründen ist die Sicherheitspolitik ein Thema, das ein breites Spektrum der finnischen Wählerschaft anspricht. Das zeigt sich daran, dass Finnland die Ukraine sehr unterstützt hat: Viele Finnen identifizieren sich mit der Situation in der Ukraine aufgrund unserer eigenen historischen Erfahrungen. Das zeigt sich auch daran, wie sich die Einstellung zur NATO-Mitgliedschaft verändert hat. Für die Finnen war es ein Schlag ins Gesicht, dass unser Nachbar bereit war, eine groß angelegte Invasion in ein anderes unabhängiges Land zu starten. Die allgemeine Meinung war, dass wir Teil von etwas sein müssen, das größer ist als wir, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass unserem eigenen Land so etwas zustoßen könnte. Das war es, was viele Wähler der Linken dazu brachte, ihre Einstellung zur NATO-Mitgliedschaft zu ändern. Ich hätte mir gewünscht, dass es für Finnland eine europäische Option gäbe, um diese Sicherheitsgarantie zu erreichen, aber die gab es wirklich nicht.

Gleichzeitig gibt es auch eine starke öffentliche Unterstützung für den anhaltenden Widerstand gegen Atomwaffen. Das derzeitige Gesetz in Finnland verbietet die Einfuhr und Lagerung von Atomwaffen auf finnischem Boden. Dieses Gesetz nicht zu ändern, bleibt unsere Parteilinie. Was die Entscheidung betrifft, eine freie Abstimmung über die NATO-Mitgliedschaft zuzulassen: Wir haben damals gesehen, wie geteilt die Meinungen innerhalb der Partei, der Parlamentsfraktion und unserer Wählerschaft waren. Wenn es in der Partei wirklich eine gesplante Meinung gibt, ist es manchmal besser, eine Atmosphäre zu schaffen, in der man konstruktiv widersprechen kann, als alle zu zwingen, einstimmig zu stimmen.[...] *Übersetzung: SiG-Redaktion*

Widerstand gegen Haushaltskürzungen weltweit

Vor kurzem stellten [Isabel Ortiz](#) und Matthews Cummins ihre Studie vor: „**Austerität beenden: Ein Bericht über weltweite Haushaltskürzungen und schädliche Sozialreformen von 2022 bis 2025**“.



AUSTERITÄT BEENDEN

Ein globaler Bericht über Haushaltskürzungen und schädliche Sozialreformen im Jahr 2022-25

In der Zusammenfassung der Ergebnisse ([deutsche Übersetzung](#)) schreiben sie: „**Die Welt steht heute vor einer schweren Pandemie harter Austeritätspolitik**“: „Die hohen Ausgaben, die zur Bewältigung von COVID-19, der daraus resultierenden sozioökonomischen Krise und anderer Erschütterungen aufgrund struktureller Ungleichheiten erforderlich sind, haben in Verbindung mit gesenkten Steuersätzen dazu geführt, dass die Regierungen es mit immer höheren Haushaltsdefiziten und höherer Verschuldung zu tun haben. Dies führte ab 2021 zu einer weltweiten Kampagne für Haushaltskonsolidierungen, bei der die Regierungen genau dann zu Kürzungen griffen, als die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Volkswirtschaften am größten waren.“

Die Studie beschreibt detailliert die Häufigkeit von Haushaltskürzungen in 189 Ländern und die wichtigsten Sparmaßnahmen, stellt aber auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten vor und fordert die Länder auf, „harte Sparmaßnahmen zu beenden, indem sie Freiräume in ihrer Haushaltspolitik schaffen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung wieder zu verbessern und Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu finanzieren.“

Die Verfasser der Studie belassen es nicht bei Forderungen, sondern weisen auf **Finanzierungsmöglichkeiten** hin, die selbst in den ärmsten Ländern anwendbar sind, etwa:

1. Erhöhung progressiver Steuereinnahmen,
2. Umstrukturierung/Abbau von Schulden,
3. Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen und -abgaben, einschließlich angemessener Arbeitgeberbeiträge und Absicherung von Arbeitnehmern in der informellen Wirtschaft durch menschenwürdige Verträge,
4. Inanspruchnahme von Steuer- und Devisenreserven,
5. Umschichtung öffentlicher Ausgaben,
6. Schaffung eines besseren makroökonomischen Rahmens,
7. Lobbyarbeit für öffentliche Entwicklungshilfe und Ausgleichszahlungen und
8. neue Zuweisungen von Sonderziehungsrechten (SZR).

Das Unvermögen oder der Unwille vieler Regierungen, elementare Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, führt in vielen (westlichen) Ländern zu einem Rechtsruck und in vielen Ländern im Globalen Süden zu blutigen Unruhen wie jüngst in Kenia mit vielen Toten.

Erlassjahr und Misereor: [Schuldenreport 2024](#)

24 von 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden sind sehr kritisch verschuldet. Insgesamt sind 55 Prozent der untersuchten Länder kritisch oder sehr kritisch verschuldet – vor der Pandemie waren es lediglich 37 Prozent. Staaten des Globalen Südens müssen 2024 so viel Schuldendienst wie noch nie an ihre ausländischen Gläubiger leisten. In 45 Staaten fließen mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen in den ausländischen Schuldendienst.

Konzeptwerk Neue Ökonomie: Klimaschulden und Reparationen

Schuldenstrich für Länder des Globalen Südens und Reparationszahlungen für die vom Globalen Norden verursachte Klimakatastrophe – Jetzt! - [24-seitiges Dossier](#)

CADTM (Komitee zur Streichung der illegitimen Schulden) <https://www.cadtm.org/> [IWF und Weltbank werden 80](#)

80 Jahre finanzieller Neokolonialismus und die Auferlegung einer Austeritätspolitik im Namen der Schulderrückzahlung. 80 Jahre sind genug! Die Bretton-Woods-Institutionen müssen abgeschafft und durch demokratische Institutionen ersetzt werden, die einer ökologischen, feministischen und antirassistischen Zweiteilung dienen.

Anlässlich dieser 80 Jahre hat CADTM
26 Artikel erneut veröffentlicht.

[CADTM-Texte in SiG](#)

<https://endausterity.org/>



EU eröffnet Defizitverfahren gegen sieben Länder

26.07.2024 - [Tagesschau](#) [...] Wegen zu hohen neuen Schulden hat die Europäische Union Defizitverfahren gegen Frankreich, Italien und fünf weitere Staaten eröffnet. Der **Rat der EU** traf den entsprechenden Beschluss, wie offiziell in Brüssel mitgeteilt wurde. **Betroffen sind neben Frankreich und Italien auch Belgien, Malta, Polen, die Slowakei und Ungarn.** Gegen **Rumänien** ist zudem bereits seit 2020 ein Verfahren anhängig, was nach Abstimmung der Länder nun weiterläuft. Das Gremium der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten folgte damit einer [Empfehlung der EU-Kommission aus dem vergangenen Monat](#). Ziel der Defizitverfahren ist es, Staaten zu solider Haushaltsführung zu bringen. Theoretisch sind bei anhaltenden Verstößen auch Strafen in Milliardenhöhe möglich. In der Praxis wurden diese aber noch nie verhängt. [...]

Staatsverschuldung in der EU, 2023: ec.europa.eu

Haushaltskürzungen in Europa mit voller Kraft zurück

Haben unsere Politiker nichts daraus gelernt?

Dieser Artikel wurde ursprünglich in der Zeitschrift „Tribune de la [CGSP](#) - Mai 2024 (Nr. 27)“ veröffentlicht.

Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich gerade auf neue Haushaltsregeln geeinigt, die genauso streng sind wie die vorherigen. Man hätte meinen können, dass die Staats- und Regierungschefs aus den 2010er Jahren gelernt hätten. Dem ist keinesfalls so.

Nach mehreren Jahren des „Koste es, was es wolle“, in denen die Staaten bedenkenlos Geld ausgegeben hätten, um auf verschiedene Krisen zu reagieren (Gesundheitskrise, Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Inflation), wäre es nun an der Zeit, dass die Staaten zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehren und Defizite und Schulden abbauen, da sie sonst von der Europäischen Kommission bestraft werden könnten.

Dieser Kurs wurde allerdings in der Vergangenheit schon oft erprobt, und die Ergebnisse sind bekannt: Die Wirtschaft wird schrumpfen und dies wird die Defizite und die Schulden weiter erhöhen, ganz zu schweigen von den katastrophalen sozialen Folgen, die wahrscheinlich wieder einmal der radikalen Rechten zugutekommen werden.

Neue EU-Regeln, die mit den vorherigen identisch sind

Am 10. Februar dieses Jahres konnte sich der Rat der EU nach zweijährigen Diskussionen auf eine Reform des *Stabilitätspakts* einigen. Hier und da war von einer Lockerung der alten, geltenden Regeln die Rede. Unter dem Druck Deutschlands und der Niederlande wurden die winzigen Fortschritte, die zur Debatte standen (angepasste Haushaltspläne, die den Besonderheiten und dem Investitionsbedarf jedes Landes Rechnung tragen), beiseite geschoben, um strenge und undifferenzierte Zahlenkriterien in den Vordergrund zu stellen, die jedem Land eine Mindestanpassung des Haushalts auferlegen, die es einhalten muss.

Ohne ins Detail zu gehen, sehen die neuen Regeln wie folgt aus: Länder, die ein Defizit von über 3 % aufweisen, müssen dieses jedes Jahr um 0,5 % senken. Was die Schulden betrifft, so müssen Länder mit einer Verschuldung von mehr als 90 % des BIP diese jedes Jahr um 1 Prozentpunkt senken (0,5 Prozentpunkte für Länder mit einer Verschuldung zwischen 60 % und 90 % des BIP).

Die beiden grundlegenden Kriterien – ein Defizit von 3 % und ein Schuldenstand von 60 % des BIP – werden zwar zunehmend als überholt angesehen, bleiben aber weiterhin voll gültig. Und kein Land kommt daran vorbei, auch nicht die Länder, deren Schuldenstand unter 60 % des BIP liegt. Nehmen wir beispielsweise Polen mit einer Verschuldung von 55 % des BIP, aber einem erwarteten Defizit von 4,6 % im Jahr 2024. Es muss dieses Defizit im Jahr 2025 zwingend um 0,4 Prozentpunkte auf 4,2 % senken.

Hinzu kommt, dass die Anwendung von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Regeln verschärft wurde, was in Wirklichkeit darauf hinausläuft, dass diese Reform schlimmer ist als die vorherige. Denn während die vorherigen Regeln – etwas – anspruchsvoller waren, was die zu erbringenden Anstrengungen betraf: niemals wurden Sanktionen verhängt. Was die Berücksichtigung der notwendigen Investitionen für soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Wandel angeht, so gilt: weiter so, später sehen wir weiter.

Kürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe geplant

Vor diesem neuen Hintergrund sind die Haushaltsanpassungen, die von vielen Ländern gefordert werden, insbesondere von denen, deren Schuldenstand 100 % des BIP übersteigt, enorm.

Belgien (Schuldenstand 106 % des BIP) wird in den nächsten sieben Jahren jedes Jahr weitere 5 Milliarden Euro „einsparen“ müssen, um diese EU-Normen zu erfüllen. Alexia Bertrand, föderale Haushaltsministerin und Großkapitalistin, nutzte ohne mit der Wimper zu zucken die Gelegenheit und kündigte an, dass Belfius, BNP Paribas und Ethias verkauft werden müssten [1], na selbstverständlich!

Die wallonische Region, die bereits seit 2022 einen strikten Austeritätskurs umsetzt (150 Millionen zusätzliche Kürzungen jedes Jahr), wird ihre "Anstrengungen" in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch weiter erhöhen müssen.

In **Frankreich** (Schuldenstand 111 % des BIP) hat die Regierung nach der Bekanntgabe eines Defizits von 5,5 % (150 Milliarden Euro) im Jahr 2023 im Eilverfahren 10 Milliarden Ausgabenkürzungen für das Jahr 2024 und weitere 20 Milliarden für 2025 angekündigt.

Die **italienische Regierung** (Schuldenstand 140 % des BIP) bereitet zusätzlich zu den geplanten Ausgabenkürzungen einen großen Privatisierungsplan vor. Dies könnte alle betreffen: die Bank Monte dei Paschi, die Fluggesellschaft ITA Airways, die italienische Post, die nationale Eisenbahngesellschaft ... Ziel: 20 Milliarden Euro oder 1 % des BIP einnehmen.

Diese Ausrichtung mit Nachdruck anprangern

Diese Ausrichtung ist in vielerlei Hinsicht absurd:

1. **Eine rein politische Entscheidung.** Diese plötzliche Belesenheit für Einsparungen ist einzig und allein das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Bis vor wenigen Monaten zwang uns nichts dazu und auch heute zwingt uns nichts dazu. Wenn es beispielsweise morgen zu einer neuen schweren Krise käme, die ein starkes öffentliches Eingreifen erfordern würde, würden diese Regeln sofort ins Wasser fallen.

Im Übrigen haben die Staaten entgegen der vorherrschenden Meinung keine Schwierigkeiten, sich auf den Finanzmärkten zu finanzieren. Beispielsweise gibt die Schuldenagentur im Januar 2024 eine 10-jährige Staatsanleihe mit einem Zinskupon von 2,85 % in Höhe von 7 Milliarden Euro aus. Die Märkte boten schnell 70 Milliarden. Einen Monat später, im Februar, gab die belgische Schuldenagentur eine Staatsanleihe (OLO) mit einer Laufzeit von 30 Jahren und einem Zinskupon von 3,5 % im Wert von 5 Milliarden Euro aus. Nach wenigen Stunden lag der Auftragsbestand bereits bei über 62 Milliarden Euro... Da die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt, könnte man insbesondere von den Verfechtern des Marktes und der Haushaltsdisziplin erwarten, dass Belgien die versprochenen Zinsen senkt, um die Kosten für seine Verschuldung zu senken. Es gibt nichts dergleichen.

2. Überholte Kriterien. Es muss daran erinnert werden, dass diese Kriterien (eine Verschuldung von 60 % und ein Defizit von 3 %) wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind, sie sind über 30 Jahre alt (1992) und der Kontext hat sich radikal verändert. Das durchschnittliche BIP-Wachstum lag damals bei 2 % jährlich, und die Klimafrage stellte sich nicht mit der heutigen Dringlichkeit. Die Beibehaltung dieser Kriterien ist ein schwerwiegender politischer Fehler.

3. Ein Mea Culpa mit Täuschung. Viele Entscheidungsträger haben in den letzten Jahren zugegeben, dass die Austeritätspolitik der 2010er Jahre ein Fehler war und die Situation verschlimmert hat. Zitat Jean-Luc Crucke, wallonischer Minister für Haushalt und Finanzen: „2010 und 2011 stellte das Problem dar, weil wir die Schraube viel zu schnell angezogen haben und in eine Austeritätspolitik eingetreten sind, die die Dynamik gebrochen hat (...) Den Dogmen der Haushaltslogik folgend wurde die Lage dadurch viel schwieriger [2].“ Die Erklärungen und Verpflichtungen der letzten Monate zeigen uns, dass dieses Mea Culpa in weite Ferne gerückt ist...

4. „Es geht nicht um Austerität, sondern um Verantwortung.“ Da die Regierungen die Tatsache, dass die Austeritätspolitik nachweislich gescheitert ist, nicht leugnen können, versuchen sie vergeblich zu überzeugen, dass ihre Austeritätspläne keine seien. Sie sprechen von verantwortungsvollen Entscheidungen, um echte Zwänge in der Zukunft zu vermeiden, von der Schaffung von Handlungsspielräumen in der Zukunft, von einer Neuausrichtung der Haushaltsentscheidungen, von der Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben und behaupten, dass diese Entscheidungen keine Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen und das Leben der Menschen haben werden ...

5. Die Ausgaben senken und gleichzeitig erhöhen – ein absoluter Widerspruch. Parallel zu diesen Vorgaben, die Defizite zu senken, zögern die Politiker nicht zu behaupten, dass Investitionen in die Bildung, in den ökologischen Übergang, in die Digitalisierung, in die Landesverteidigung, in den Kampf gegen soziale Ausgrenzung zu bewahren seien... Kurz gesagt, dass man viel mehr ausgeben muss, während man weniger ausgibt ...

6. Die Einnahmen zu erhöhen, das kommt Ihnen nicht in den Sinn! Obwohl das Potenzial sehr groß ist (Steuern auf Supergewinne, Steuern auf große Vermögen, Bekämpfung der Steuerhinterziehung, ...), scheint kein politischer Wille aufzukommen, die Kapitalbesitzer zur Kasse zu bitten und so die Defizite zu verringern. Wieder einmal sind es die Arbeitnehmer, die dafür bezahlen werden: das Arbeitslosenrecht wird ausgehöhlt, das Renteneintrittsalter angehoben, die Ausgaben für das Gesundheitswesen, den ökologischen Übergang werden zusammengestrichen.

7. Die Zeit ist noch nicht reif! Es ist seit langem bekannt und bewiesen: Nicht wenn es schlecht läuft (Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs), ist es an der Zeit, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen. Im Gegenteil, gerade in solchen Zeiten sollte man die Beschäftigung (natürlich nicht irgendeine Beschäftigung) durch antizyklische Politik unterstützen. Olivier Blanchard, ehemaliger Chefökonom des IWF, sagt nichts anderes: *„Die Wachstumsprognosen für Europa wurden gerade nach unten korrigiert. Man muss also bereit sein, die Wirtschaft weiter zu stützen, auch wenn dies ein höheres Defizit bedeutet [3].“*

8. Das wird nicht gut gehen. Öffentliche Ausgaben und Investitionen zu kürzen, während sich die europäische Wirtschaft verlangsamt, aus wirtschaftlicher Sicht ist es die schlechteste Wahl. Es wird den rezessiven Effekt verstärken und die öffentlichen Schulden und Defizite weiter ansteigen lassen. Und das umso mehr, als sich alle europäischen Staaten darauf vorbereiten, dies zur gleichen Zeit zu tun. Und dann? Eine neue Runde der Austeritätsschraube? Ein endloser Kreis? Haben unsere Politiker nichts aus den Lektionen der Vergangenheit gelernt?

Nicht der gesunde Menschenverstand regiert die Welt

Trotz Mea Culpa und in völliger Verleugnung der wirtschaftlichen Phänomene beharren die Europäische Kommission, die europäischen Staats- und Regierungschefs und die Mitgliedstaaten auf den Fehlern der Vergangenheit und schreiben sie fest. Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen? Werden die europäischen Völker von Institutionen und Regierungen regiert, die zwar in gutem Glauben, aber völlig blind und schizopren sind?

Oder muss man sich eingestehen, dass weder der gesunde Menschenverstand noch das Allgemeininteresse diese Welt regieren und dass heute wie gestern das Ziel in Wirklichkeit nicht darin besteht, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, sondern das Schleifen der erkämpften sozialen Rechte zu beschleunigen und den Interessen der Wirtschafts- und Finanzmächte zu dienen, deren Appetit grenzenlos zu sein scheint? Diese Frage zu stellen heißt, sie zu beantworten.

[1] [Le soir](#), 16.3.2024

[2] Jean-Luc Crucke, RTBF.be, 25 février 2021

[3] [Le Monde](#), 4.3.2024

www.cadtm.org/Retour-en-force-des-coupes-budgetaires-en-Europe Übersetzung: SiG-Redaktion

Frankreich

Für eine Einschätzung der politischen Lage in Frankreich ist es unabdingbar, die verschiedenen Akteure zu kennen, die sich gegen Macrons Politik (Wegbereiter der extremen Rechte) **sowie** gegen das Rassemblement National wenden *und Alternativen in Bewegungen und programmatisch* entwickeln.

Die SiG-Redaktion hat einige Dokumente übersetzt. Für die Zusammenstellung verantwortlich: M.-D. Vernhes (mdv)

Bei den EU-Wahlen am 9. Juni 2024 errang die Partei von **Marine Le Pen und Jordan Bardella**, das Rassemblement National (RN), **doppelt so viele Stimmen wie die Partei von Emmanuel Macron und zog ins EU-Parlament** mit 30 Abgeordneten im Vergleich zu 18 im Jahr 2019 ein.

Die linken Parteien, die seit 2022 das Wahlbündnis NUPES für die Nationalversammlung bilden, waren bei den EU-Wahlen einzeln angetreten. ([Wahlergebnisse](#) in Frankreich, mit [Karte](#))

Am Wahlabend erklärte Macron die Auflösung der Nationalversammlung und verkündete die Durchführung von Neuwahlen am 30. Juni und 7. Juli 2024 (zweiter Wahlgang).

Die Antwort: Front populaire!

Am Wahlabend fanden spontane Kundgebungen gegen das Rassemblement National, aber auch nach dem Motto „Weder RN noch Macron!“ statt.

Der Ruf nach Bildung einer Volksfront fand viel Widerhall. Ein Appell – von François Ruffin initiiert – zur **Bildung einer „Front populaire“** haben rund 400 000 Menschen in drei Tagen unterschrieben: „[...] Es gibt keine fatalen Umstände, wir können siegen. Die Krise von 1929 brachte in Deutschland den Nationalsozialismus, in Frankreich jedoch die Volksfront.“ <https://www.frontpopulaire-2024.fr/>

Die Partei **La France insoumise** veröffentlichte noch in der Nacht ein Kommuniké ([Original und Übersetzung](#)): „[...] Angesichts seiner Niederlage hat der Präsident der Republik die Auflösung der Nationalversammlung angekündigt. Die extreme Rechte droht, mit der Komplizenschaft eines Großteils der Medien und der Finanz- und Arbeitgeberkreise, die Macht an sich zu reißen.

Es steht uns also eine entscheidende Schlacht bevor: Wir setzen ab heute all unsere Kräfte in diesen Kampf ein, um die extreme Rechte und die Macronisten zu besiegen. [...] Wir rufen alle, die sich um uns herum engagiert haben, dazu auf, sich jetzt der Union Populaire (Volksunion) anzuschließen und ihren Platz in dieser Schlacht einzunehmen. Wir rufen die Menschen dazu auf, sich ab sofort in die Wählerlisten einzutragen, um in diesem für die Zukunft des Landes entscheidenden Moment voll mitzuwirken.

Um gewinnen zu können, müssen wir dem Land ein klares Programm vorlegen. Dieses Programm existiert: Wir haben es bei den letzten Parlamentswahlen verteidigt und es hat in der ersten Runde die meisten Stimmen erhalten.

Wir hätten es bei den jüngsten Europawahlen gemeinsam tragen können, wenn nicht die Apparate der Sozialistischen Partei, der EELV und der Kommunistischen Partei Frankreichs der NUPES (1) den Rücken gekehrt hätten.

Heute schlagen wir allen, die dies möchten, vor, sich um dieses Programm herum zu gruppieren. Diese Sammlungsbewegung kann nur in der Klarheit und Kohärenz stattfinden, die seit 2022 so sehr gefehlt haben.“

(1) *Anm. der Red.: Zu den Wahlen 2022 und NUPES: [SiG145](#)*

Am 10. Juni 2024 rufen fünf Gewerkschaften (CFDT, CGT, UNSA, FSU, Solidaires) zu **Demonstrationen am Wochenende (15.-16. Juni) auf: Nach dem Schock der Europawahlen müssen die sozialen Forderungen gehört werden!**

Die Gewerkschaften warnen seit Jahren vor der sozialen und demokratischen Krise, die unser Land durchzieht. Eine Politik, die dem Sozialen den Rücken kehrt und zu Deklassierung, Vernachlässigung unserer Industrie und unserer öffentlichen Dienste führt. Das Durchpeitschen der Rentenreform trotz der historisch einmaligen Mobilisierung, das Fehlen von Fortschrittsperspektiven und die Banalisierung rassistischer Thesen bilden den Nährboden, auf dem die extreme Rechte gedeiht.

Mit seiner Entscheidung, die Nationalversammlung aufzulösen und innerhalb von drei Wochen, nach Beginn der Ferien und am Vorabend der Olympischen Spiele, Parlamentswahlen abzuhalten, übernimmt der Präsident der Republik eine schwere Verantwortung.

Wir brauchen einen demokratischen und sozialen Aufbruch. Andernfalls wird die extreme Rechte an die Macht kommen. [...] Wir müssen auf die soziale und ökologische Notlage reagieren und den Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gehör verschaffen, insbesondere:

- Die Löhne und Renten erhöhen;
- Die Rentenreform und die Reform der Arbeitslosenversicherung zurücknehmen;
- Unsere öffentlichen Dienstleistungen verteidigen und den Zugang zu ihnen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität und im ganzen Land, gewährleisten. Unsere Schulen, unsere Forschung, unser Gesundheitssystem, unser System zur Betreuung von Pflegebedürftigen und unser Justizsystem sind erstickt und bedürfen massiver Investitionen;
- Der Hierarchie der Macht ein Ende setzen, indem zunächst die soziale Demokratie auf allen Ebenen, in allen Unternehmen, jeder Branche, jeder Region und berufsübergreifend wiederhergestellt wird;
- Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit einführen und insbesondere Superprofite, Dividenden und Aktienrückkäufe besteuern;

- Endlich Lohngleichheit einführen und sexistische und sexuelle Gewalt beseitigen;
- Das Recht auf Regularisierung für alle ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage eines Arbeitszeugnisses einführen;
- Unsere Industrie wieder ansiedeln und umgestalten, um sozialen und ökologischen Bedürfnissen gerecht zu werden, indem sie vor Sozial-, Steuer- und Umweltdumping geschützt wird;
- Neue Rechte schaffen, die es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, den ökologischen Wandel zu antizipieren und ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Wir rufen zu möglichst breiten Demonstrationen an diesem Wochenende auf, um die Notwendigkeit von fortschrittlichen Alternativen für die Arbeitswelt zu unterstreichen.

10. Juni 2024: Die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei Frankreichs, Europe Ecologie-LesVerts und La France insoumise:

Zusammen mit Place publique und Générations rufen sie dazu auf, „eine Neue Front Populaire zu bilden“, die alle Kräfte der Linken vereint, humanistischen Linken, Gewerkschaften, Vereinigungen und Bürgerbewegungen, um „eine Alternative zu Emmanuel Macron aufzubauen und das rassistische Projekt der extremen Rechten zu bekämpfen“.

Die „**einheitlichen Kandidaturen**“ werden „ein Programm des Umbruchs vertreten“ „Unser Ziel ist es, zu regieren, um auf die demokratischen, ökologischen und sozialen Notlagen zu reagieren und für den Frieden zu sorgen.“

In Anlehnung an den Aufruf von fünf Gewerkschaften zur Mobilisierung an diesem Wochenende **rufen die linken Kräfte dazu auf, „sich den Demonstrationen anzuschließen und breit zu demonstrieren“.** (Brief, 10.6.24)

Am 14.6.2024 **einigen sich die linken Parteien über**
1. ihr Wahlprogramm (s. weiter unten)
2. die Aufteilung der Kandidaturen für die Front Populaire (inkl. einige Kandidat*innen aus den Bewegungen).
[Kurzes offizielles Video der NFP](#)

Die Wahl zur französischen Nationalversammlung ist eine Mehrheitswahl mit zwei Wahlgängen. Im **ersten Wahlgang** sind nur diejenigen gewählt, die mindestens 50 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Am **zweiten Wahlgang** dürfen nur die KandidatInnen teilnehmen, die mindestens 12,5 % der Stimmen der Wahlberechtigten erhalten haben. Das Aufstellen von nur einem linken Kandidaten oder einer linken Kandidatin pro Wahlkreis vergrößerte stark die Chancen, wenn nicht schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu erhalten, zumindest am zweiten Wahlgang teilzunehmen und zu gewinnen.

Einige weitere Aufrufe

Gewerkschaft CGT, 11. Juni 2024:

„[...] Jedes Mal, wenn die Rechtsextremen die Gelegenheit hatten, zu handeln, etwa bei Abstimmungen im Europäischen Parlament oder in der Nationalversammlung, haben sie die Interessen der Reichen und der multinationalen Kon-

zerne verteidigt, niemals die der Arbeitnehmer oder der Rentner.

Sie sagt sogar, dass sie die Rente mit 64 nicht zurücknehmen wird! Sie ist bei allen sozialen Mobilisierungen abwesend und stellt sich gegen Streiks. Aus diesem Grund fangen die Unternehmer allmählich an, die extreme Rechte zu unterstützen und zu fördern. Ihr gemeinsames Programm ist der Abbau unserer Rechte.

Ein Sieg der extremen Rechten wäre eine Katastrophe für die Demokratie und die Grundfreiheiten. [...]

Gemeinsamer Aufruf von der Liga für Menschenrechte, der Gewerkschaften CGT, FSU und Solidaires, von Greenpeace und anderen Organisationen, 13.6.2024 :

„Die extreme Rechte an den Wahlen zu schlagen und ihr rassistisches Projekt zu bekämpfen muss mit der Entstehung eines tiefgreifenden Wandels, sozialer und ökologischer Umbrüche und der Wirksamkeit von Grundrechten einhergehen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass jede und jeder in den Wahlen die Fortsetzung der gemeinsamen Mobilisierungen und Bestrebungen findet.

Eine Antwort aller politischen Kräfte, die davon ausgehen, dass alle die gleichen Rechte haben, ist unerlässlich.“

An einer **Debatte**, von Mediapart am 11.6. organisiert, nahmen VertreterInnen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen teil, wie **Sophie Binet** (CGT), **Aurélie Trouvé** (früher attac, jetzt LFI) und **Lucie Castets** (am 23.7.2024 vorgeschlagene Premierministerin)

Attac Frankreich, 12. Juni 2024 – Französischer Text Aufruf zu einer neuen Front Populaire: Wir sind dabei!

„[...] Die Regierung ist nackt, nachdem sie mit Brutalität und Arroganz eine Politik der ökologischen und sozialen Zerstörung zugunsten der Reichsten und ein Einwanderungsgesetz betrieben hat, das die sicherheitspolitischen, rassistischen und islamfeindlichen Bestrebungen des RN unterstützt; nachdem sie die sozialen Bewegungen, die einzigen echten Dämme gegen Autoritarismus und Rechtsextremismus, angegriffen und geschwächt hat; nachdem sie den Widerstand gegen eine von der Bevölkerung und den vereinten Gewerkschaften abgelehnte Rentenreform zerschlagen und ihre Verabschiedung durchgesetzt hat. [...]

Macron wird niemals das Bollwerk gegen das RN sein. [...] Das RN bleibt die größte Gefahr für Migrantinnen und Migranten, für ethnische Minderheiten. [...]

Der Aufruf der neuen "Front populaire" und der Mobilisierungsauftrag der Gewerkschaften bilden den Rahmen für ein Programm, das Vorschläge für soziale und ökologische Gerechtigkeit und den Kampf gegen Diskriminierung enthält und das wir alle aufgreifen müssen. [...]

Die Initiativen der politischen Parteien werden nicht ausreichen, um den Rassemblement National und seine Ideen dauerhaft zu besiegen und eine Alternative zum Makronismus zu bieten. [...] Es geht darum, eine echte Alternative aufzubauen und sich dabei von den Forderungen der sozialen und ökologischen Bewegungen inspirieren zu lassen: Wiederaufbau starker sozialer Sicherungssysteme und

Rücknahme der Rentenreform wie auch der Reform der Arbeitslosenversicherung, Bekämpfung rassistischer, sexistischer und transphober Diskriminierung und Rücknahme des Einwanderungsgesetzes, Stopp der lebensvernichtenden Großprojekte und Einleitung der ökologischen Wende, Umsetzung eines Aktionsplans gegen Klimastörungen, Verteidigung der Grundfreiheiten, stärkere Besteuerung der Reichen und der Großunternehmen, um eine echte steuerliche

und soziale Gerechtigkeit umzusetzen.
Alle zusammen können wir die Gesellschaft verändern!

Sonderseite von Attac Frankreich: <https://france.attac.org/se-mobiliser/mobilisons-nous-pour-le-front-populaire/>

Attac Frankreich stellt auch **Mobilisierungskits** zur Verfügung, z.B. eine kurze **Analyse der "Kandidaten der Ungleichheiten"** und "**Visuels**" gegen RN.

Wahlprogramm der Neuen Front Populaire

Teil 1: Die ersten 15 Tage: DER UMBRUCH



Sozialen Notstand aufrufen (Notmaßnahmen per Dekret)

- Die Preise für Grundversorgungsgüter [...] einfrieren [...];

- Sofortige Aufhebung der Dekrete zur Umsetzung der Reform zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre sowie der Reformen der Arbeitslosenversicherung;

- Erhöhung der Altersrente für eine vollständige Laufbahn auf das Niveau des SMIC und des Mindestaltersruhegelds auf das Niveau der Armutsgrenze;

- Erhöhung der Löhne und Gehälter durch Anhebung des Mindestlohns (SMIC) auf 1600 € netto, [...]

- Handelsverhandlungen einleiten, um den Landwirten ein kostendeckender Mindestpreis zu garantieren; Besteuerung der Superprofite der Agrarindustrie und der großen Einzelhandelsunternehmen;

- Anhebung der Sozialhilfe um 10 %.

Die Herausforderungen des Klimawandels angehen

- Ein Moratorium für große Infrastrukturprojekte wie Autobahnen und Mega-Becken verhängen [...]

Das Recht auf Wohnen verteidigen

- Den sozialen Wohnungsbau ankurbeln [...]

- Notunterkunftsplätze schaffen, die eine bedingungslose Aufnahme ermöglichen, und in Notsituationen die Beschlagnahme leerer Wohnungen vornehmen [...]

Die öffentlichen Dienste wieder herstellen

- Konferenz zur Rettung der öffentlichen Krankenhäuser [...]

- Der öffentlichen Schule ihr emanzipatorisches Ziel zurückgeben [...] Den ersten Schritt zur vollständigen Kostenfreiheit in der Schule unternehmen: Schulkantine, Schulmaterial, Transport, außerschulische Aktivitäten [...]

Beruhigung

- subventionierte Arbeitsplätze, insbesondere für Sportvereine und Vereine der Volksbildung, wieder einrichten;

- erste bürgernahe Polizeiteams einsetzen. LBDs (Hartgummigeschosse) und verstümmelnde Granaten verbieten und die BRAV-M auflösen. (BRAV-M = Brigade de répression de l'action violente, motorisée /motorisierte Brigaden zur Unterdrückung von Gewalthandlungen, d. Üb.)

Wiedererlangung des Friedens in Kanaky-Neukaledonien

- **Rücknahme des Verfassungsreformprozesses**, [...] Suche nach einem Entwurf für ein umfassendes Abkommen unterstützen, das einen echten Emanzipations- und Dekolonisierungsprozess in Gang setzt.

Veränderungen in der EU auf die Tagesordnung setzen.

- Die Austeritäts-Zwänge des Fiskalpakts ablehnen; eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorschlagen.

Die Dringlichkeit des Friedens

Eine französische Diplomatie im Dienste des Friedens fördern. Vorschläge für eine Diplomatie zur Förderung der globalen Gemeingüter entwickeln:

Eine Diplomatie, die unsere Umwelt bewahrt und im Dienste der Gesundheit agiert [...]

Eine feministische Diplomatie annehmen [...]

Durchsetzung der Verpflichtung Frankreichs, 0,7% seines BIP für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen.

[...] Unerschütterliche Verteidigung der Souveränität und Freiheit des ukrainischen Volkes sowie der Integrität seiner Grenzen durch die Lieferung der notwendigen Waffen, den Erlass seiner Auslandsschulden [...].

Mit der sträflichen Unterstützung der französischen Regierung für die rechtsextreme, suprematistische Regierung Netanjahus brechen [...]

- für die Freilassung der Geiseln eintreten [...]

- Sofortige Anerkennung des Staates Palästina neben dem Staat Israel auf der Grundlage der UN-Resolutionen.

- Ein Embargo für Waffenlieferungen an Israel verhängen.

- Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel fordern [...]

- Die Souveränität vom Libanon respektieren lassen [...]

Teil 2: Die ersten 100 Tage

DER SOMMER DER WEICHENSTELLUNGEN

[...] Die Abgeordneten sind besonders stark eingebunden und/oder initiieren **fünf Gesetzespakete**, um die großen Weichenstellungen einzuleiten, die das Land braucht. [...]

- Ein umfassendes Gesetz für die Kaufkraft verabschieden

- Ein umfangreiches Gesundheitsgesetz verabschieden

- Ein umfangreiches Bildungsgesetz verabschieden

- Mit der ökologischen Planung beginnen.

- Kampf gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie.

Und Abschaffung der Privilegien von Milliardären

Teil 3: Die nächsten Monate: DIE UMGESTALTUNGEN

[...] Das ehrgeizige Gesetzgebungsprogramm zur Umgestaltung, das sich die Neue Front Populaire für die nächsten Monate vorgenommen hat, geht weitgehend aus den Vorschlägen und Forderungen hervor, die von der mobilisierten Gesellschaft hervorgebracht wurden. Seine globale Kohärenz ist die volle und uneingeschränkte Anwendung des folgenden Programms: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Sein Ziel ist die Harmonie der Menschen untereinander und mit der Natur. **Die Themen [...]**

<https://www.nouveaufrontpopulaire.fr/>

Übersetzung des gesamten Programms auf der **Sonderseite** <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/frankreich-2024>

Éric Toussaint, [CADTM](#):

Die Rechte und die großen Medien, einschließlich der öffentlich-rechtlichen Medien, die zunehmend von der Regierung kontrolliert werden und weitgehend dem Großkapital zugeneigt sind, haben die Bildung dieser Neuen Volksfront hart kritisiert und gesagt, sie schließe Parteien ein, insbesondere die LFI und die NPA, die Komplizen des Terrorismus seien, die Komplizen der Hamas seien. Viele Kommentatoren haben nicht gezögert, den angeblichen Antisemitismus der [LFI](#) und der [NPA-L'anticapitaliste](#) anzuprangern. Das war sehr gewalttätig, virulent und schlichtweg verlogen. [...] Die Gewalt war nicht nur verbal, sondern es kam nach dem 9. Juni auch zu vermehrten physischen Angriffen von Seiten der extremen Rechten. [...]

Dazu **Sebastian Chwala**: „So prügeln RN-Aktivistinnen mit Schlagstöcken auf Eltern ein, die keine RN-Wahlkämpfer

vor der Schule ihrer Kinder haben wollten. Dunkelhäutige Menschen wurden auf offener Straße beleidigt oder zum Umzug aufgefordert, im Département Gard schoss ein Anwohner mit seinem Jagdgewehr um sich, um „Araber zu töten“, und faschistische Internetaktivisten stellten öffentlich Todeslisten gegen unliebsame Personen aus dem öffentlichen Leben auf.“ ([NDS](#), 9.7.2024)

Zur Erinnerung und zum Vergleich:

Französischer nationaler Rat des Widerstandes (CNR): Les Jours Heureux, 15. März 1944

Die glücklichen Tage

[Aktionsprogramm des Widerstands](#),

„das auch Maßnahmen umfasst, die eine gerechtere Gesellschaftsordnung schaffen sollen.“

Neue Front Populaire: Finanzierung der angekündigten Maßnahmen

Pierric Marissal, [Zeitung L'Humanité](#), 14. Juni 2024

[Auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms der Neuen Front Populaire](#) bekräftigte Olivier Faure (PS-Vorsitzenden): „Wir werden dafür sorgen, dass wir dieses sehr ehrgeizige Projekt finanzieren, indem wir es aus den Taschen derer nehmen, die es sich leisten können“. [...]

Wir haben den Steuerfachmann und Attac-Sprecher, Vincent Drezet, um seine Expertise gebeten, um diese Vorschläge zu analysieren und soweit wie möglich zu beziffern. Es geht darum, die Progressivität der Einkommensteuer (14 Stufen) wiederherzustellen und auch die CSG (der allgemeine Sozialbeitrag ist eine Finanzierungsquelle für den Sozialschutz) progressiv zu gestalten. Das Programm sieht die Wiedereinführung einer erhöhten Vermögenssteuer mit einer Klimakomponente vor (wäre die alte Vermögenssteuer unverändert geblieben, hätte sie 4,5 Milliarden Euro mehr eingebracht), die Abschaffung der einheitlichen Pauschalsteuer („Flat Tax“, die eine Steuerobergrenze für sehr reiche Menschen einführt) und die Wiedereinführung der Exit Tax (Abgabe von Steuerpflichtigen, die ihren steuerlichen Wohnsitz ins Ausland verlegen), zwei Maßnahmen, die je nach Schätzung zwischen 1,9 und 3 Milliarden Euro einbringen könnten. Es schlägt vor, Steuerschlupflöcher zu prüfen [...] und die Erbschaftssteuer zu reformieren, um sie progressiver zu gestalten, indem sie auf die höchsten Vermögen abzielt. [...] Vincent Drezet erinnert daran, dass „die Steuerschlupflöcher hohe Kosten von 90 Milliarden Euro pro Jahr verursachen [...]“,

Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sieht das Programm insbesondere vor, „Dividenden, Gewinnbeteiligungen, Arbeitnehmersparkonten, Aktienrückkäufe und Überstunden beitragspflichtig zu machen“. Dieser Punkt ist sehr wichtig, denn laut Oxfam fließen 71 % der Gewinne der 100 größten französischen Unternehmen in nicht beitragspflichtige Vergütungen für die Aktionäre. Das sind 75 Milliarden Euro im Jahr 2021. Vincent Drezet schätzt, dass diese Maßnahme kumulativ zwischen 19 und 21 Milliarden Euro für die nationale Solidargemeinschaft einbringen könnte.

Zur Beteiligung an der Finanzierung des allgemeinen Rentensystems schlägt das Programm vor, den (Arbeitgeber-) Beitrag zur Altersvorsorge fünf Jahre lang um 0,25 Prozentpunkte pro Jahr zu erhöhen.

Das Programm der Volksfront schlägt darüber hinaus eine verstärkte Besteuerung von Finanztransaktionen vor. Attac, der Urheber des Konzepts, kann dem nur zustimmen. Eine einfache Steuer von 0,01 % würde Frankreich bis zu 11 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

„Alle diese Maßnahmen würden das Steuersystem gerechter und kosteneffizienter machen“, fasst Vincent Drezet zusammen. Sie würden auch die Steuerbereitschaft erhöhen, denn entgegen den Behauptungen der Neoliberalen lehnt die Bevölkerung nicht einfach Steuern, sondern steuerlichen und sozialen Ungerechtigkeiten ab.“

Bekämpfung der Steuerflucht auf europäischer Ebene.

Das Programm der Neuen Volksfront [...] schlägt vor, „einen Mechanismus zur sozialen Harmonisierung nach oben zwischen den Mitgliedstaaten zu verabschieden, um dem Sozial- und Steuerdumping ein Ende zu setzen“ und „in Steuerfragen zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat überzugehen“.

Gezielte Vorschläge richten sich gegen die [Steueroasen](#), die im Herzen Europas wüten. Denn die Steuerflucht multinationaler Konzerne macht 85 % der 100 bis 120 Milliarden Euro aus, die den französischen Steuerbehörden jedes Jahr entgehen. „Die Richtung ist gut“, bemerkt Vincent Drezet, „es bleibt nur die Frage, wie man es macht“. Sein Vorschlag: „eine Harmonisierung der Grundlagen der Körperschaftssteuer (KSt) mit einem Mindestsatz von 25 %, um einen Wettlauf zur Senkung der KSt zu verhindern, eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer innerhalb der EU (die stark hinterzogen wird), die Schaffung einer europäischen Steuer auf die Gewinne der großen Konzerne...“. [...]

Zur Finanzierung des Programms der Neuen Front Populaire sind am 21.6.2024 10 Seiten vom NFP erschienen.

[Vincent Drezet, Attac Frankreich](#), zum Steuersystem (24.7.24)

Ein kurzer Wahlkampf, in dem sich viele engagieren

Öffentliche Aktionen am 15. und 16. Juni:

[Karte der Mobilisierungen](#) in ganz Frankreich, von *Attac Frankreich*; weitere [Übersicht](#) von *rapport de force*; [Video-Bericht](#) von *L'Humanité* über die Demonstration in Paris.

Eine [Initiative von 6000 Jugendlichen](#) aus den Arbeitervierteln ruft alle Jugendlichen auf, für NFP zu stimmen.

Weitere Aktionen am 22. und 23. Juni in 80 Städten: [cgt](#)

Das [Medien-Imperium Bolloré](#) macht hingegen Werbung für das RN; die großen Medien konzentrieren ihre Angriffe auf die *Nouveau Front Populaire*.

Französischen Medien: Was gehört wem?

[Karte](#) von *Le Monde Diplomatique* Frankreich und *Acrimed*

Aufruf von ca. 100 französischen unabhängigen Medien (19. Juni 2024): Für eine gemeinsame Front der Medien gegen die extreme Rechte

Um auch nur die Möglichkeit einer freien, unabhängigen und pluralistischen Presse zu erhalten, rufen mehr als 100 Medien, darunter *Mediapart*, *L'Humanité*, *StreetPress*, *Reporterre*, *Bondy Blog*, *Regards* und *Politis*, dazu auf, den Kampf gegen die extreme Rechte zu unterstützen. [...] In ihrer Strategie zur Eroberung der Macht hat sie die Medien zu einem bevorzugten Terrain gemacht, indem Milliardäre im Dienste ihres Projekts die Kontrolle über Zeitungen, Fernsehsender und Radiosender übernommen haben. [...] Das *Rassemblement National* kündigt bereits die Privatisierung der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Falle ihres Sieges. Überall in Europa und in der Welt, wo die extreme Rechte regiert, wird die Pressefreiheit heftig angegriffen. [...] In Frankreich wurde der Boden dafür methodisch von der Exekutive unter Präsident Emmanuel Macron bereitet, die den Schutz und die Rechte von Journalisten immer weiter eingeschränkt hat: Angriffe auf das Quellengeheimnis und den Vorrang des Geschäftsgeheimnisses, Gesetz über die globale Sicherheit, geplante Fusion der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und das *Laissez-faire* bei der kapitalistischen Konzentration der Medien in den Händen der Großindustriellen. [...]

Wir rufen dazu auf, durch unsere redaktionellen Initiativen und ohne jemals auf unseren kritischen Blick zu verzichten, die laufende Mobilisierung für Soziales und Bürgerrechte zu unterstützen [...]“ ([Text mit Unterschriften](#))

Diese Medien haben am 27.6.2024 eine große Versammlung auf dem Platz der Republik organisiert. [Video](#)

Greenpeace, 20. Juni 2024 (vollständiger Text)

[...] Die Politik der derzeitigen Regierung ist weitgehend für diese Situation verantwortlich: Indem sie die Ungleichheiten verschärft, erhebliche Rückschritte bei ökologischen und sozialen Themen initiiert, Umweltaktivisten und -akteure kriminalisiert und stigmatisiert, eine extrem autoritäre Machtausübung betreibt und den Bürgerinnen und Bürgern die Mitsprache verweigert, hat Emmanuel Macron der extremen Rechten, die nun an der Schwelle zur Macht steht, den roten Teppich ausgerollt.

Wir können dieses schlechte Szenario noch ändern. Die Entscheidung, die Nationalversammlung aufzulösen, kann eine einmalige Gelegenheit darstellen, uns zu vereinen, für:

- echte soziale Maßnahmen, die unsere Kaufkraft verbessern und die Ungleichheiten bekämpfen, die sich in den letzten Jahren aufgrund der Politik von Emmanuel Macron verschärft haben und die mit der extremen Rechten an der Macht explodieren würden.

- ehrgeizige Umweltmaßnahmen angesichts der Zerschlagung der ökologischen Errungenschaften, die von der amtierenden Regierung ermöglicht wurde und von einer Partei wie der RN unvermindert fortgesetzt würde. [...]

[Gewerkschaft Solidaires, 17. Juni 2024:](#)

[...] **In der Nationalversammlung oder im Europäischen Parlament hat die RN gestimmt:**

- **gegen** die Erhöhung des Mindestlohns (SMIC),
- **gegen** das Einfrieren der Mieten,
- **gegen** das Einfrieren der Preise für Grundnahrungsmittel,
- **gegen** das Recht auf Schwangerschaftsabbruch,
- **gegen** den 1-Milliarde-Euro-Plan zur Bekämpfung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt,
- **gegen** die Besteuerung großer Vermögen und die Besteuerung von Luxusgütern,
- **gegen** alle Maßnahmen zugunsten der Ökologie [...]

Union juive française pour la paix

(jüdische französische Vereinigung für den Frieden): *Aus der Stellungnahme [Lieber Hitler als die Front Populaire?](#)*: Diejenigen, die der Linken Antisemitismus vorwerfen, sollten sich daran erinnern, dass die Juden, als sie für ihre Emanzipation als unterdrückte Minderheit kämpften, gemeinsam mit der Linken auch für die Emanzipation der Menschheit kämpften. Das hat nichts mit Klarsfelds zur Schau gestellter Komplizenschaft mit zwanghaften Rassisten zu tun.“

Anlass der Erklärung: Das Ehepaar Klarsfeld verkündete, für RN im 2. Wahlgang stimmen zu wollen, s. [Taz, 23.6.2024](#)

Absolventen von renommierten Hochschulen:

Wir, Wirtschaftsakteure, Leitungskräfte und Unternehmer [...] lehnen das Programm des *Rassemblement National*, das fremdenfeindlich und populistisch, wirtschaftlich inkohärent und unlesbar ist, entschieden ab. [...] Die öffentliche Debatte muss die akademische Unterstützung für das Programm der Neuen Volksfront einbeziehen, ein demokratisches, sachgerechtes Programm, das von einem bedeutenden Teil der Wirtschaftsakteure, Führungskräfte, Manager, Forscher und Lehrkräfte unterstützt wird. Die am 25. Juni erschienene Stellungnahme der ["300 Ökonomen"](#) ist ein perfektes Beispiel dafür: Es gibt einen alternativen Wirtschaftsweg, der Steuergerechtigkeit und Umverteilung mit sich bringt und Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. [...] Da die extreme Rechte mehr denn je vor den Toren der Macht steht, scheint uns das Programm der Neuen Volksfront in seiner Vielfalt das einzige zu sein, das das Schlimmste verhindern kann. [...]

[französischer Text](#); Übersetzung: *SiG-Redaktion*

Nach dem ersten Wahlgang am 30. Juni 2024

Die Ergebnisse: Interaktive Karte über die Wahlergebnisse in jedem Wahlbezirk: francetvinfo.fr

Tabelle des französischen Innenministeriums

Wahlbeteiligung: 66,7 % der Wahlberechtigten (2022: 48 %)

Das Rassemblement National (RN) mit seinen Verbündeten liegt mit 33,15 % der Stimmen an der Spitze. Darin enthalten sind die Kandidaten von Les Républicains unter der Führung von Eric Ciotti, die ein Bündnis mit dem RN eingegangen sind.

Die **Neue Front Populaire (NFP)** kam mit 27,99 % der Stimmen auf den zweiten Platz.

Ensemble (Präsidentenschaftspartei) steht mit 20,04 % der Stimmen auf dem dritten Platz, während **Les Républicains**, die mit ‚Diversen Rechten‘ verbundenen sind, den vierten Platz belegten (10,23 % der Stimmen)

Sebastian Chwala, NDS 1.7.2024: Die Linke wird hauptsächlich von jungen Geringverdienern gewählt, während das RN in der Generation der 35- bis 50-jährigen Durchschnittsverdiener besonders gut abschneidet. [...] Der "Macronismus" hat diese Wahlen nur aufgrund des hohen Zuspruchs der Rentner nicht noch deutlicher verloren.

76 KandidatInnen haben im ersten Wahlgang die nötige absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten:

39 für RN und seine Verbündeten und 32 für die NFP.

In rund 200 Wahlbezirken findet ein zweiter Wahlgang mit 2 KandidatInnen statt; in 306 Wahlbezirken dürfen drei KandidatInnen antreten (Wahlverfahren: s. S. 16)

Éric Toussaint, CADTM

[...] Der sehr große Erfolg des RN und seiner Verbündeten löste einen Schock aus: Es bestand die reale Gefahr, dass die extreme Rechte die Regierung (in Kohabitation mit Präsident Macron) anführen würde. Die Jugend und die linken Aktivistinnen und Aktivisten, die bereits am Abend der Europawahlen am 9. Juni mit der Mobilisierung begonnen hatten, verstärkten ihren Aktivitäten, um das Schlimmste zu verhindern. [...]

In den Minuten nach den Ergebnissen des ersten Wahlgangs am 30. Juni kündigte die Führung von La France Insoumise durch den Mund von Jean-Luc Mélenchon, dem sehr schnell die gesamte NFP folgte, an, dass sie zum Schlagen der extremen Rechte im zweiten Wahlgang ihren NFP-Kandidaten oder ihre Kandidatin in jedem Wahlkreis zurückziehen würde, in dem beim ersten Wahlgang die NFP an dritter Stelle und das RN an erster Stelle stand.

Auf Seiten des Präsidentenlagers war dies nicht der Fall, da eine Reihe von Macrons Verbündeten oder sogar Minister wie Innenminister Darmanin sagten, dass sie sich niemals zugunsten eines LFI-Kandidaten zurückziehen würden, um die rechtsextreme RN zu schlagen.

[...] Die Mehrheit der Kommentator*innen, die Zugang zu den großen privaten und öffentlichen Medien hatten, setzten ihre Angriffe auf das aufmüpfige Frankreich fort [...]. Darüber hinaus war das RN weiterhin auf allen Bühnen zu Gast. [...] Die Umfragen sagten einen Sieg des RN voraus. [...]

Die Gewerkschaften CGT und Sud Solidaires haben sich stark mobilisiert. Die Führung der gemäßigten Gewerkschaft CFDT hat sich ebenfalls eingemischt.

Viele Linksinтеллекuelle und linke soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen gaben zahlreiche Erklärungen ab und veranstalteten Kundgebungen.“

Einige Appelle und Erklärungen:

- <https://indivisibles.fr/5jourspouragagner/>

- **Aufruf** von Gewerkschaften und Organisationen, 1.7.2024:

„**Sichern wir die Niederlage der extremen Rechte!**“

- **Aufruf vom Gewerkschaftsbündnis**, 1.7.2024

- **Stellungnahme der Gewerkschaft Force Ouvrière** vom 23. Juni 2024 für beide Wahlgänge

- **Erklärung der CGT, 1. Juli 2024**

- **Attac Frankreich:** „[...] Nach dem ersten Wahlgang der Parlamentswahlen lautet die unmittelbare Priorität: **Keine einzige Stimme für die Rassemblement National** [...]“

Kurzfristig ging es also der NFP und den engagierten Organisationen darum, den "Wolf im Schafspelz" (RN und Co.) zu deligitimieren, die Wahl der RN-KandidatInnen durch eine „republikanische Front“ zu verhindern und die Kandidaten von NFP zu stärken. **Längerfristig** muss die linke Politik auf den Prüfstand (S. dazu „Strategien)



In Denain im Norden des Landes, wo das RN besonders viele Sympathisanten zählt, hat der **Fotograf Vincent Jousseau** Menschen porträtiert, die am unteren Rand der Gesellschaft leben. [DLF](#), 2022

2024 erklärt Vincent Jousseau in einem [Interview von "Quartier Général"](#), wie das RN sich als Sicherheit gewährende Kraft präsentiert und mit Hilfe der Neuen Medien „Softpower“ entwickelt. Das RN wird u.a. von Menschen in Dienstleistungsbetrieben, insbesondere von Frauen in den Pflegeberufen („Marine versteht uns“) gewählt, die darunter leiden, dass ihre Arbeit nicht wertgeschätzt wird.

7. Juli: die Neue Front Populaire bildet die stärkste Parlamentsgruppe



Am Wahlabend, Place de la République (Reporterre)

Übersicht: <https://www.francetvinfo.fr/elections/resultats/>, u.a. mit einer [Karte mit den Ergebnissen](#) pro Wahlkreis und die [Sitzverteilung](#) in der Nationalversammlung

Éric Toussaint, CADTM, nach dem zweiten Wahlgang:

Die **Neue Front Populaire** erhält 182 Parlamentarier, zu denen noch 14 weitere Abgeordnete der Verschiedenen Linken hinzukommen, was 196 linke Parlamentarier ergibt. [...] Das **präsidiale Minderheitslager** steht mit 168 Parlamentariern an zweiter Stelle, es hat 95 Sitze verloren.

Das **rechtsextreme Lager** kommt auf 143 Parlamentarier (126 für das Rassemblement National und 17 für seine Verbündeten). Das RN hat im Vergleich zu 2022 37 Parlamentarier mehr unter seinem Banner. [...]

Im Laufe der großen sozialen Mobilisierungen gab es die Fähigkeit zur Debatte, zur kollektiven Organisation von Protesten und zur Entwicklung eines kollektiven Geistes. Das hat nicht die gesamte Bevölkerung erreicht, was den tatsächlichen Erfolg des RN erklärt, insbesondere in ländlichen Gebieten und in städtischen Milieus, die am stärksten von der Deindustrialisierung betroffen sind, wie im Norden. In den meisten städtischen Milieus ist ein größerer Widerstand gegen das Eindringen der Ideen des RN, der extremen Rechten und der Rechten im Allgemeinen festzustellen. Dies ist auch eindeutig der Fall in städtischen Gebieten mit einer hohen Präsenz von ethnischen Minderheiten. Die Tatsache, dass die LFI und andere soziale Kräfte nicht davor zurückschrecken, ihre tiefe Solidarität mit dem palästinensischen Volk und ihre Ablehnung der rassistischen und migrantenfeindlichen Politik zum Ausdruck zu bringen, hat

Teile der Bevölkerung davon überzeugt, für die NFP und gegen das RN sowie gegen Macron und die traditionelle Rechte zu stimmen. [...]

Sebastian Chwala: Aus Sorge vor den Folgen einer Regierungsübernahme durch das RN bildete sich an der Urne eine erstaunlich solide „Republikanische Front“ [...]. Diese Abwehrfront gegen das RN hat kein gemeinsames ideologisches Programm, weshalb nach den sonntäglichen Wahlen auch nicht klar ist, welchen programmatischen Weg Frankreich einschlagen wird. [...] ([NDS](#), 9.7.2024)

Erleichterung also, aber die RN-Gefahr ist nicht gebannt, keine klare Mehrheit im Parlament und ein Regierungswechsel steht noch an

Attac Frankreich (8. Juli 2024): Die institutionelle Verwurzelung des RN wurde eingedämmt, aber ihre soziale Verwurzelung hält an, mit mehr als 10 Millionen Wählerinnen und Wählern und 55 zusätzlichen Abgeordneten, die durch den demokratischen Bankrott der Fünften Republik und unserer Institutionen sowie den eklatanten Mangel an direkter Demokratie genährt wird.

Die Ursachen, die das RN fast an die Macht gebracht haben, sind nach wie vor vorhanden: soziale und politische Krise, struktureller und systemischer Rassismus, die Gewalt des Neoliberalismus, die aus einer Mischung aus schwierigen Monatsenden, dem Verschwinden der öffentlichen Dienstleistungen und Vernachlässigung von Regionen besteht.

Also: **Widerstände überall aufbauen** (11. Juli 2024)

Gewerkschaften CGT und Solidaires (8.-9. Juli 2024)

Solidaires: Die Herausforderung ist immens. Eine große Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat sich bei der Wahl für die extreme Rechte entschieden.

Die CGT fordert Emmanuel Macron in aller Form auf, die Wahlentscheidung zu respektieren und zur Bildung einer neuen Regierung aufzurufen, die sich auf das Programm der NFP stützt, die als stärkste Kraft hervorgegangen ist. Darüber hinaus müssen tief greifende Lehren gezogen werden, um dem anhaltenden Vormarsch des RN entgegenzuwirken, das eine Rekordzahl an Abgeordneten errungen hat.

Die CGT warnt. Die sozialen Forderungen müssen gehört werden: Arbeit muss ein Leben in Würde ermöglichen und die öffentlichen Dienstleistungen müssen im ganzen Land ausgebaut werden. *Interviews von Sophie Binet, CGT-Vorsitzende, 11.7.2024: [Mediapart](#); [LCI](#)*

Regierungsbildung: Macron lehnt den Vorschlag der Linken ab

Éric Toussaint, CADTM, 10.7.2024:

Nach den ungeschriebenen Regeln und Gepflogenheiten der Fünften Republik wählt der Präsident normalerweise den Premierminister unter den Mitgliedern des Blocks, der bei den Wahlen als stärkste Kraft hervorgegangen ist. Innerhalb dieser Partei ist La France insoumise die bei weitem stärkste politische Kraft, sodass ein Mitglied der

LFI den Posten des Premierministers übernehmen sollte. Aber gerade hier können viele Manöver stattfinden. [...] Führende Mitglieder des Macron-Blocks möchten die NFP zerschlagen und einen Kompromiss mit den politischen Kräften suchen, die ihnen am nächsten stehen und am „verantwortungsbewusstesten“ sind, also von Seiten der PS und vielleicht auch von einigen Umweltschützern.

Peter Wahl: Frankreich: Von der Krise ins Chaos

11. Juli 2024, [Makroskop](#) - [...] Macron hat angekündigt, seinen jetzigen Ministerpräsidenten Attal geschäftsführend im Amt zu halten, bis eine Regierung zustande kommt.

Die Strategie war zu erwarten. Es geht ihm zum einen darum, das linke Bündnis zu spalten, die Sozialdemokraten und die Grünen herauszusprengen und Mélenchons *LFI* zu isolieren. Dafür könnte er Unterstützung bei den Konservativen gewinnen.

Zum anderen soll das, was sich als „politische Mitte“ versteht, wieder stark gemacht werden. Schützenhilfe von den liberalen Medien, aus Brüssel und anderen Hauptstädten ist ihm dabei gewiss.[...]

Aber nach einiger Zeit mit Blockade und Chaos dürften viele Sozialdemokraten und manche Grüne sich staatstragend geben, und aus ‚staatsbürgerlicher Verantwortung‘ der Bildung eines neuen Blocks der Mitte zustimmen. [...]

Möglicherweise wären auch zwei Rückfallpositionen denkbar: entweder eine Technokraten-Regierung, also mit Personal von außen mit dem Image parteipolitischer Neutralität, die von der absoluten Mehrheit toleriert wird. Das ist ein Modell, das mehrfach in Italien praktiziert wurde, zuletzt mit Mario Draghi 2021-2022. Oder aber eine Minderheitenregierung des Macron-Bündnisses mit den Konservativen, die von Le Pen toleriert wird – mit entsprechenden programmatischen Zugeständnissen an das RN, versteht sich. Alle Varianten würden Macron erlauben, seine präsidentiellen Spielräume voll zu nutzen.[...]

[Reporterre, 24.07.24](#)

Die Neue Front Populaire hat am 23. Juli

Lucie Castets als Premierministerin vorgeschlagen

„Ausgesucht im Konsens unserer vier politischen Formationen“, erklärte die Chefin der *Ecologistes*, Marine Tondelier. Und forderte: „Nächster Schritt: Macron muss das Wahlergebnis anerkennen und sie ernennen.“

Laut Macron hat bei den Parlamentswahlen „niemand gewonnen“.

[...] Als Emmanuel Macron von Journalisten des Senders France 2 auf den Vorschlag Lucie Castets angesprochen wurde, antwortete er, dass dies „nicht das Thema [sei]“. Er fuhr fort: "Das Thema ist nicht ein Name, der von einer politischen Formation vergeben wird. [...] Das Thema ist, welche Mehrheit in der Versammlung zustande kommen kann, damit eine Regierung Frankreichs Reformen verabschieden, einen Haushalt verabschieden und das Land voranbringen kann."

Der Präsident zog es daher vor, die Parteien aufzufordern, „das zu tun, was alle europäischen Demokratien tun“, d. h. „Kompromisse eingehen zu können“, um „gemeinsam abzustimmen, und zu versuchen, voranzukommen“.

Drei Tage vor der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris bekräftigte Macron, dass er bis „Mitte August“ keinen Premierminister bzw. keine Premierministerin ernennen werde, um sich bis dahin „auf die Spiele“ zu „konzentrieren“ und „den Fortschritt dieser Diskussionen“ abzuwarten. [Im französischen Fernsehsender LCI](#) kritisierte die Fraktionsvorsitzende der *Insoumis*, Mathilde Panot: "Es handelt

sich nicht um eine olympische Waffenruhe, die Emmanuel Macron vorschlägt. Er schlägt ganz einfach die Aussetzung der Demokratie vor. Ich hoffe, dass jeder den Ernst dessen versteht, was das bedeutet“.

Macron wirbt bei der extremen Rechten.

[...] Macron bemerkte, dass das RN „die erste Partei in der Versammlung“ sei – obwohl die Koalition der vier linken Parteien die stärkste Partei geworden war. [...] Als er seine "Prioritäten" für den Rest seiner Amtszeit darlegte, erklärte Macron, er wolle "hören, was die Franzosen uns über [mehr] Entschlossenheit und [mehr] Sicherheit gesagt haben" und griff damit die Themen des RN auf. [...]

Wer ist Lucie Castets?

Eine Verteidigerin der öffentlichen Dienstleistungen

Die Neue Front Populaire rühmt ihr Profil als hohe Beamtin, „Aktivistin in Vereinigungen zur Verteidigung und Förderung der öffentlichen Dienste“. Die 37-jährige Lucie Castets war 2021 Mitbegründerin des Zusammenschlusses <https://nosservicespublics.fr/> (Unsere öffentliche Dienste) und ist nach wie vor eine der drei SprecherInnen.

„Es fehlte eine Instanz, die von innen heraus das Wort ergreift, um Missstände aufzuzeigen und Vorschläge zu machen“, erklärte sie der [Zeitung L'Humanité im Jahr 2023](#). Dem öffentlichen Dienst geht es sehr schlecht. Es handelt sich nicht mehr um einen langsamen Verfall, sondern wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es nicht mehr weitergeht. Man kann den öffentlichen Dienst nicht wie ein Unternehmen behandeln“, meinte sie auch und fügte hinzu, dass wir "den Staat massiv brauchen werden, um die [globale Erwärmung](#) zu bekämpfen“. [...]

Lucie Castets arbeitet derzeit bei der Stadtverwaltung von Paris, wo sie als Direktorin für Finanzen und Einkauf tätig ist. Nach ihrem Studium an der Sciences Po, der ENA und der London School of Economics war die Wirtschaftswissenschaftlerin zunächst in der Generaldirektion der Finanzbehörde und bei der Weltbank tätig, berichtet *L'Humanité*. Sie arbeitete insbesondere „an der Verfolgung von Steuerbetrug und Finanzkriminalität“, betont die NFP ihrerseits. Gegenüber der Agence France Presse erklärte Lucie Castets, sie wolle die „Aufhebung der Rentenreform“ vorantreiben – eine Forderung, die im gemeinsamen Programm der NFP an prominenter Stelle steht. Sie forderte außerdem eine „große Steuerreform, damit alle, Einzelpersonen und multinationale Unternehmen, ihren gerechten Anteil zahlen“. Darüber hinaus möchte sie eine „Verbesserung der Kaufkraft“ durch die Anhebung der Löhne und Gehälter und die Erhöhung der Mindestsozialleistungen anstoßen. [...]

(mdv) Die von Macron nach ihrem Rücktritt eingesetzte kommissarische Regierung bereitet für den 1. Oktober 2024 einen **Gesetzentwurf vor, der gemäß der Aufforderungen der EU-Kommission eine drastische Reduzierung der öffentlichen Ausgaben vorsieht**.

Die NFP sieht in ihrem Legistaturvertrag (s. Wahlprogramm in dieser Nummer, Seiten 17-18) umgekehrt eine **gezielte Erhöhung der öffentlichen Ausgaben** vor, durch eine stärkere Besteuerung der Superreichen finanziert.

Strategien?

„Nach dem Sieg sind wir der doppelten Herausforderung ausgesetzt, zusammenzuhalten und Macron das Programm (der NFP) aufzuzwingen.“ ([Louise Héritier, LFI](#)) Macron das Programm aufzuzwingen? Eine starke "Volksfront" ist dafür nötig – darum konzentrieren sich die Strategie-Debatten auf deren Ausbau, insb. auf das Zurückdrängen des Einflusses des RN. Ein großes Problem dabei: Die Linke ist meistens in den Milieus unsichtbar, die für RN votieren (Benoît Coquard, [basta](#)). Vincent Jarousseau (S. 20 in diesem Heft), Francois Ruffin ("[Je vous écris du front de la Somme](#)", 2022; Artikel in [SiG 129](#) und [SiG 150](#)) setzen sich für das Zuhören der Menschen „auf dem flachen Land“ ein, für Debatten mit ihnen, Voraussetzung zur Organisation von solidarischen Aktivitäten. Eine Reportage von Daphné Brionne („[Diese ländlichen Wahlkreise, in denen die Linke die Nase vorn hat](#)“, [basta.media](#), Übersetzung) verweist auf Pfade für eben die Bildung einer solidarischen Volksfront. Wir begrenzen uns hier auf Auszügen eines langen Aufsatzes von Étienne Balibar in [ND](#), 30.6.2024

Étienne Balibar

Volksfront oder Kartell der Linken?

[...] Wir müssen einerseits die defensive *ideologische Position* in eine offensive Position *umkehren*, die nicht nur aus republikanischen Reflexen oder Antworten auf die Gefahr besteht, sondern aus echten Projekten, die eine »Handlungsmacht«, genauer: die die Macht des *Gemeinsamen* selbst freisetzen, und die das Regime der Befürchtungen und Hoffnungen der Multitude von Grund auf neu organisieren. Andererseits müssen wir das noch virtuelle "Volk" *finden*, das sich diese Projekte zu eigen macht, die Sprache erschaffen, in der es seine gemeinsamen Interessen und vor allem seine Differenzen und Konflikte diskutieren kann, um die historisch geerbten Antagonismen und Meinungsverschiedenheiten der Gegenwart zu überwinden. Denn nur so wird das heute »fehlende«, aus heterogenen und einander beinahe fremden Massen bestehende Volk seine Einheit und seine politische Identität finden. *Das »Volk« der Volksfront existiert nicht, es ist noch im Kommen.*

[...] Wir sollten *wirkliche*, soziale und politische *Bewegungen*, von denen man sagen kann, dass sie allesamt »popular« sind, zum Ausgangspunkt nehmen. [...] In Frankreich gab es in den letzten Jahren mehrere Bewegungen, die alle durch eine Kombination aus Repression, Manipulation und Erschöpfung besiegt, erstickt oder zumindest isoliert wurden. Dabei aber haben sie Spuren hinterlassen und können möglicherweise auch wiederkehren.

Ich denke insbesondere an:

- 1) »Nuit debout« (2016) und die gesamte Mobilisierung gegen das »Arbeitsgesetz« der Regierung Hollande-Valls,
- 2) Die Bewegung der »Gelbwesten« 2018 bis 2019 [...].
- 3) Die Mobilisierung des Pflegepersonals in Krankenhäusern und der Beschäftigten in kommunalen Einrichtungen während der akuten Phase der Corona-Pandemie: [...]

4) Die Revolte der Banlieues gegen den institutionellen Rassismus und die Polizeigewalt [...] die sich heute in einer Bewegung zur Selbstorganisation dieser Stadtteile fortsetzt (und deren Sprecher*innen sich gerade unmissverständlich für die Volksfront ausgesprochen haben).

5) Die Streiks und Demonstrationen gegen die von der überwältigenden Mehrheit des Landes abgelehnte Rentenreform zwischen Januar und März 2023 [...]

6) Das ökologische Bündnis der »Soulèvements de la terre« und allgemeiner die Mobilisierungen gegen die Denaturierung von Böden, die Abholzung von Wäldern und das Abpumpen des Grundwassers für die intensive Landwirtschaft, die sich langfristig und zusammen mit dem wichtigsten »Internationalismus« der Gegenwart etablieren (nämlich dem Internationalismus der Umweltbewegungen).

7) Die feministischen Bewegungen, die nicht verschwinden, obgleich sie aufgrund des »paradoxalen« Charakters der »Klasse der Frauen« immer wieder in Fraktionen zerfallen und einander in ihren philosophischen Prinzipien widersprechen [...]

Diese Bewegungen [...] legen beredt Zeugnis davon ab, was nicht *unbeweglich* ist oder *resigniert* hat. Sie sind alle durch die Fähigkeit gekennzeichnet (oder waren), die *Defensive in eine Offensive*, die »Ablehnung« (Wut oder Verzweiflung) in die Bekräftigung eines Rechts, einer Solidarität und eines Willens zur Veränderung der »Welt« im Sinne von Gleichheit und Gerechtigkeit *zu verwandeln*. Aus diesem Grund sind sie *universalisierbar*. Mit anderen Worten, sie sind »Aktionen der Bürger*innenschaft« (*acts of citizenship*, wie es Engin Isin ausdrückt), Träger dieser *konkreten Utopie*, ohne die es keine emanzipatorische Politik gibt. Es geht nicht darum, sie miteinander zu verschmelzen oder sie unter ein einziges »Programm« und eine einzige »Strategie« zu subsumieren, sondern vielmehr darum, ihre Energie in unserer *aktuellen Situation* (des Kampfes gegen den RN und das, wofür er steht), wieder zum Leben zu erwecken und ihre bewegliche, sich entwickelnde *Überschneidung* zu finden, um *das Volk* in seinem Zusammenhalt und seinen Fähigkeiten, eine gemeinsame Zukunft zu erschaffen, zu *stärken*. [...]

Die psychologische Struktur des Lepenismus: Hass und Angst

Der Einfluss der RN „auf eine sehr große Zahl von Bürger*innen beruht weniger auf *Hass* denn auf *Angst* oder *Panik* vor den sie betreffenden Veränderungen der Welt. Genauer gesagt, wird der *Hass* (auf das »Andere« im Allgemeinen) auf den grundlegenden Affekt der *Angst*, also auf das Gefühl der *Ohnmacht*, aufgepfropft. [...]

Welche *Angst* ist das? Grundsätzlich die wachsende *Unsicherheit*, in der diese Bürger*innen leben und in der sie andere leben sehen (ihre Verwandten, Nachbarn, Eltern, Kinder). Sie umfasst sowohl die *Ungewissheit* bezüglich der beruflichen, familiären und schulischen Zukunft als auch die wachsende *Gewissheit* der Deklassierung hinsichtlich

des Lebensstandards, der Stabilität oder Prekarität, der Qualität von Arbeitsplätzen und städtischer oder vorstädtischer Umgebung, der Wertschätzung seitens der Verwaltung und der führenden »Eliten«. Diese Gefühle betreffen ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen, die sich *in der Mitte* »zwischen« den Reichen (die immer reicher werden) und den Armen (die immer ärmer werden) befinden.

[...] Die Strategie des Rassemblement National bestand darin, zwei Komponenten hinzuzufügen: die Mobilisierung der Angst zum Einen vor der *Gewalt*, indem ökonomische Unsicherheit mit Kriminalität und »Entzivilisierung« assoziiert und die Grenzen zwischen Armut und Verbrechen verwischt werden, und zum Anderen vor dem *Anderssein*, indem die Furcht vor Deklassierung mit der Obsession verschmolzen wird, sich nicht mehr von den »Ausländern« unterscheiden zu können.

[...] Es ist absolut sinnlos, Angst und Hass, die *verinnerlicht* und *kollektiviert* sind, zurückdrängen zu wollen, wenn man weder die Mittel noch die Absicht hat, die soziale Unsicherheit und ihre strukturellen, globalen und dauerhaften Ursachen zu bekämpfen. [...] Um daran etwas zu ändern, müsste der Abbau von sozialen Rechten und öffentlichen Dienstleistungen gestoppt und umgekehrt werden, so dass ihre *Universalität* gerechtfertigt wird. [...]

Für einen »Gegenpopulismus«:

Handlungsmacht, Autonomie, öffentliche Einrichtungen

[...] Der Populismus, wie ihn der Rassemblement National mit spezifisch französischen Charakteristika verkörpert, der aber zu einer viel breiteren, global zu beobachtenden politischen Strömung gehört, ist ein potenzieller *Faschismus*. Er weist bereits viele Züge des Faschismus auf, *hält sich* aber aus taktischen Gründen, und weil nicht alle Bedingungen für eine Massenmobilisierung zur Eliminierung »der inneren Feinde« im Rahmen einer integralen nationalistischen Ideologie gegeben sind, vor einem letzten Schritt zurück.

[...] Die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung aufzuhalten, besteht darin, ihr einen bewussten und organisierten *Gegenpopulismus* entgegenzusetzen, wie ihn das Projekt ei-

ner »neuen Volksfront« implizit anstrebt. Ein Gegenpopulismus ist kein »spiegelverkehrter Populismus«. Obwohl auch er das Ziel verfolgt, »das Volk zu finden« und eine nationale Gemeinschaft zu erschaffen, muss er auf radikal andere Weise vorgehen.

Der Unterschied liegt im Kern darin, dass der Populismus und erst recht der Faschismus *die Passivität der Bürger* zum Prinzip haben. [...] Die Wirksamkeit und Authentizität des Kampfes liegt in der Erfindung einer anderen Art von Massenpolitik: einer Art und Weise, die die *Macht* der "einfachen Leute" *erweitert* und ihnen die Möglichkeit gibt, sich durch Aktivität, Solidarität und Autonomie von der Angst zu befreien (und damit die Fähigkeit eröffnet, die Kampfziele und eingesetzten Mittel zu *diskutieren*). Der Unterschied zwischen »popular« und »populistisch« besteht darin, ob die *Bürger*innenschaft* bei der Verteidigung der Demokratie mit dieser in ihrem Inneren selbst experimentiert und also aktiv wird, oder nicht. [...]

Bewegungen müssen auch zusammenkommen und sich beim Aufbau eines gemeinsamen Widerstands gegen Autoritarismus, Populismus und Faschismus ergänzen. Diese Einheit lässt sich nicht verordnen, sondern wird an jenen *Orten* entdeckt und geschaffen, wo die Bewegungen und ihre Protagonist*innen sich und ihre Ideen miteinander konfrontieren: Diese Orte können als »Versammlungen« oder mit jedem anderen Namen bezeichnet werden [...].

Diesen Versammlungen, die an sich bereits ein Ziel der Konstitution des »Volkes« repräsentieren, machen nicht nur Repression und politische Instrumentalisierung zu schaffen, sondern auch die *Distanz*, die ihre Teilnehmer*innen überwinden müssen, um zusammenzukommen und das Gemeinsame entstehen zu lassen: Sei es die räumliche und kulturelle Distanz [...] die anthropologische Distanz [...] oder schließlich die Distanz zwischen den »Bewegungen« selbst, mit ihren singulären Geschichten und Codes der Wiedererkennung. Die Hypothese einer »Volksfront« stellt an sich schon eine große *Utopie der Begegnung* all dieser Erfahrungen und ihrer Umwandlung in eine »Bewegung der Bewegungen« dar. [...]

Einige Websites

Sonderseite <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/frankreich-2024>

Französische Seiten:

<https://www.monde-diplomatique.fr/2024/07/A/67141>

<https://www.francetvinfo.fr/elections/legislatives>

<https://www.mediapart.fr/>

<https://www.humanite.fr/mot-cle/legislatives-2024>

<https://reporterre.net>, <https://reporterre.net/Legislatives-244>

<https://rapportsdeforce.fr/>

Zeitung <https://fakirpresse.info/faisons-front-populaire>

Französische Gewerkschaften: <https://www.cgt.fr/>;

<https://fsu.fr/>; <https://solidaires.org/>; <https://syndicollectif.fr/>

Politische Parteien, in der NFP zusammengeschlossen:

<https://lafranceinsoumise.fr/>, <https://lesecologistes.fr/>,

<https://www.parti-socialiste.fr/>, <https://www.pcf.fr/>

Artikel über Frankreich in 'Sand im Getriebe':

2016: Gegen das Arbeitsrechts-Gesetz ("Loi travail"... unter Hollande!), [SiG 120](#)

2017/2018: Klassenkämpfe in Frankreich, [SiG 128](#), Kämpfe gegen die Arbeitsrechtsreform, [SiG 125](#), [SiG 124](#)

2018/2019 : Bewegung der Gelbwesten: [SiG 130](#), [SiG 131](#) [SiG 129](#) zum Rechtsextremismus

2020: große soziale Bewegungen, schon gegen die Rentenreform [SiG 135](#)

Frühjahr 2020 : Bündnis von 20 Organisationen mit einem „Plan zum Ausweg aus der Krise“ [SiG 137](#) Grundfreiheiten verteidigen! [SiG 139](#), [SiG 141](#)

2022: Wahlbündnis NUPES : [SiG 145](#)

2023: Gegen die Rentenreform: [SiG 149](#); [SiG 150](#); [SiG 151](#)

Ingeborg Schellmann

Julian Assange ist frei

Seine Unterstützer und Unterstützerinnen atmen auf – die ganze Welt atmet auf,
gleichwohl verbleiben einige Fragen.

Welche Interessen hatten die Akteure, die USA, GB und Australien, Julian Assange freizulassen?

Der Wikileaks-Gründer hat einen Deal mit den USA geschlossen und ist nunmehr frei. Ein glückliches Ende nach einer grauenvollen Jagd auf einen Menschen, der viele für die Großmacht USA beschämenden und entlarvenden Wahrheiten ans Licht brachte.

[In zigtausenden Dokumenten](#) hatte Julian Assange Kriegsgreuel und Folterungen der USA im Iran und Afghanistan und anderen Orten veröffentlicht, die die USA als einen Staat entlarvten, der Menschenrechte mit einem kaum zu übertreffenden Mangel an Unrechtsbewusstsein mit Füßen trat. Niemals wurden die wirklich Verantwortlichen, die Befehlsgeber, vor Gericht gestellt. Auch von den Tätern wurden nur wenige verurteilt, zudem zu unbedeutenden Strafen.

Zu Recht löste der Umgang mit Assange Empörung weltweit aus. Schon in der ecuadorianischen Botschaft stand er unter permanenter akustischer und optischer Beobachtung. Sein Leben war bedroht. Der US-Geheimdienst CIA hatte erwogen, Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft in London zu entführen und zu ermorden. Das berichtete die Nachrichtenseite »[Yahoo News](#)« unter Berufung auf Geheimdienstquellen. Es habe jedoch Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit einer Ermordung gegeben.

Die Unmenschlichkeit und die Machtvollkommenheit der USA und England sowie die Sorge um die Pressefreiheit waren Grund für die weltweite Entrüstung.

Alle Versuche, seine Unterstützer zu spalten, sei es durch den unberechtigten Vorwurf der Vergewaltigung, sei es, dass man ihm seinen Journalistenstatus aberkennen und ihn zum Hacker erklären wollte, scheiterten. Die großen internationalen Zeitungen protestierten gegen die Kriminalisierung der investigativen Presse, gegen die Misshandlung von Assange und für die Pressefreiheit. Sie hatten einst mit Assange zusammen die von der Whistleblowerin Chelsea Manning beschafften Dokumente bearbeitet und veröffentlicht. Sicher hat die unermüdliche Solidarität der großen internationalen Bewegung für die Freiheit von Julian Assange gesorgt.

Dass die USA schließlich nachgaben, war allerdings einem politischen Kalkül geschuldet.

Biden wollte durch den Akt die Wähler zurückgewinnen, die er mit seiner Israel-Unterstützung verloren hat. Zudem konnte vermieden werden, dass sich ein ausländisches Gericht, der High Court of Justice in London und womöglich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, mit der Geltung des Grundrechts der Meinungsfreiheit und den allgemeinen Menschenrechten in den USA befasst – für die USA eine heikle Situation.

Großbritannien konnte sich elegant aus der Affäre ziehen. Albanese, der australische Ministerpräsident, wollte sein illiberales Image aufbessern.

Deutschland, das sich einem Asylangebot entzogen hatte, war von jeder Verantwortung befreit.

Man stelle sich vor, Julian Assange hätte sich nicht auf den Deal eingelassen, sondern alle weiteren möglichen gerichtlichen Schritte unternommen.

Zur Erinnerung: Am 10. Dezember 2021 hatte der High Court of Justice in London entschieden, dass Julian Assange an die USA ausgeliefert werden könne. Seine Berufung wurde am 14. März 2022 zurückgewiesen. Am 17. Juni 2022 unterzeichnete Innenministerin Patel den Auslieferungsbefehl an die Vereinigten Staaten. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde am 9. Juni 2023 zurückgewiesen. Der High Court of Justice gestattete am 20. Mai 2024 endgültig, dass Julian Assange gegen den Auslieferungsbefehl der britischen Regierung in Berufung gehen könne.

In Folge hätte sich das Gericht mit der Frage befasst, ob sich Julian Assange in den USA auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen könne.

Ein ausländisches Gericht und womöglich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als internationales Gericht hätten über rechtsstaatliche Praktiken der USA zu Gericht gesessen? Ein Vorgang, den die Weltmacht USA kaum hinnehmen konnte.

Hätte der High Court of Justice gar die Geltung der Meinungsfreiheit für Julian Assange bejaht, wäre dies für die USA zwar nicht bindend gewesen, hätte aber weltweite Wirkung für den unabhängigen Journalismus und das Ansehen der USA in der Welt.

Die USA wären mit ihrem Vorhaben, Julian Assange wegen 18 Straftaten im Zusammenhang mit einer Gefährdung der nationalen Sicherheit und eines Spionagedelikts vor Gericht zu stellen und ihn bis zu 175 Jahren Gefängnis zu verurteilen, gescheitert. Ein ausländisches Gericht und womöglich ein internationales Gericht hätten den USA Grenzen gesetzt. Die jahrelange Unerbittlichkeit der USA wäre im Nichts verpufft.

Angenommen der High Court of Justice hätte die Geltung der freien Meinungsäußerung für Julian Assange verneint und letztlich die Auslieferung ermöglicht, so hätte sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit der Frage der Folter und der Geltung der allgemeinen Menschenrechte in den USA befasst.

Die USA, die sich keinem Internationalen Gericht unterstellen und Sanktionen gegen Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs (IGHSt) verhängen, wenn sie gegen amerikanische Bürger ermitteln, hätten mittelbar vor Gericht gestanden, ein absolutes Novum. Und noch mehr – der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hätte aller Wahrscheinlichkeit nach den Vorwurf der Folter bejaht mit der Folge, dass Julian Assange nicht ausgeliefert werden dürfte.

Art. 3 der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) (EMRK) verbietet Folter sowie unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen. Die Überstellung eines Angeklagten in einen anderen Staat, der diesen der Gefahr ausgesetzt hätte, zu einer grob unverhältnismäßigen Strafe verurteilt zu werden, hätte als Verletzung des Art.3 EMRK anerkannt werden müssen. Die Erwartung einer Strafe von bis zu 175 Jahren kann als eine grob unverhältnismäßige Strafe für Julian Assange angesehen werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Verletzung eines Menschenrechts bejaht. Er hätte zwar die Entscheidung Großbritanniens, Julian Assange auszuliefern, nicht aufheben können. Großbritannien wäre allerdings als Vertragsstaat verpflichtet gewesen, dem Urteil Rechnung zu tragen und nicht auszuliefern. Der Prozess gegen Assange hätte über Jahre andauert. Die gesamte Presse hätte das Verfahren im öffentlichen Bewusstsein gehalten.

Mit großem Interesse hätte die Presse das Verfahren begleitet, stünden doch die Praktiken der Weltmacht USA mittelbar vor Gericht. Auf allen Titelseiten und in allen Medien wären Assange und die USA im Zentrum gestanden. Nicht Assange, sondern die USA hätten auf der Anklagebank gesessen. Diese hätte im Kreuzfeuer der Kritik gestanden und Rede und Antwort stehen müssen. Der schwankende Riese wäre noch mehr ins Taumeln geraten.

Die Presse und die Weltöffentlichkeit hätten nicht gezögert, die Verbrechen selbst aufzugreifen – die Morde, die Foltern. Erneut hätten sich die USA dafür legitimieren müssen, dass sie sich niemals einer internationalen Instanz unterwarfen, niemals den Internationalen Gerichtshof oder den Internationalen Strafgerichtshof anerkannten, im Gegenteil diese mit allen Mitteln bekämpften. Hätten die Verbrechen des US-Militärs nicht vor dem Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden müssen, nachdem die USA die Hauptverantwortlichen nicht strafrechtlich verfolgte? Waren es nicht Verbrechen gegenüber dem Völkerrecht?

Es ist nicht aus der Welt, dass die USA eine Entscheidung des EGMR vermeiden wollten. Vielleicht fürchteten sie diese mehr als der Teufel das Weihwasser und suchten einen Weg, das Verfahren informell abzuschließen.

Auch Australien wäre nicht ohne Kratzer davongekommen. Premierminister Anthony Albanese hätte erklären müssen, warum Australien einen Auslieferungsantrag für seinen Bür-

ger nicht zumindest aus politischer Verantwortung gestellt hatte und warum ein solcher erst zum Schluss auf den Weg gebracht werden sollte.

Auch Großbritannien wäre ins Schussfeld der Öffentlichkeit geraten, wäre ein Verfahren gegen Julian Assange durchgeführt worden.

Alle Beteiligten hatten großes Interesse, Julian Assange keine Öffentlichkeit zu geben. Sie hätten politische Nachteile von nicht absehbarem Ausmaß erfahren.

Die gesamten Umstände zeigen den politischen Hintergrund des Verfahrens. Letztlich haben die USA mehr gewonnen als verloren. Vereinbarungsgemäß bekannte sich Julian Assange der Verletzung des Espionage Acts für schuldig, der Großteil der Anklagepunkte wurde fallengelassen und er konnte als freier Mann das Gericht verlassen. Das Verfahren auf der fernen semi-staatlichen amerikanischen Marianen-Insel Saipan bewahrte alle Beteiligten vor unerwünschter Öffentlichkeit.

Die USA gewannen ein Schuldeingeständnis und einen Schuldspruch nach dem Espionage Act. Ein Journalist wurde eines solchen Vergehens für schuldig gesprochen und Journalisten müssen künftig um ihre Sicherheit bangen.

Die Freilassung von Julian Assange ist aus vielen Gründen möglich gewesen. Von großer Bedeutung war sicher der Widerstand der Zivilgesellschaft, zusätzlich zum politischen Kalkül der USA, Australiens und Groß Britanniens. Trotzdem bleibt ein Tropfen bitterer Wermut. Die Pressefreiheit hat gelitten.

Zum Schluss noch ein Gedanke aus ethischer Sicht. Julian Assange wurde Vergewaltigung vorgeworfen. Das führte zu Distanzierungen einiger seiner Unterstützer besonders seiner Unterstützerinnen.

Angenommen der Vorwurf wäre nicht entkräftet worden und wäre gerechtfertigt, so stellt sich die Frage, muss man ihm deshalb die Solidarität für die von den USA inszenierten Strafverfolgung entziehen? Kein Verbrecher, kein Vergewaltiger verliert die Menschenwürde. Wird er aus anderen Gründen zu Unrecht verfolgt und misshandelt, verdient er deshalb hierfür jeden Schutz, auch Solidarität unabhängig von anderen verwerflichen Taten.

[Presseerklärung](#) von IALANA-Deutschland:
Licht und Schatten: Assange kommt endlich frei – die Pressefreiheit ist weiter bedroht

zeitung gegen den krieg

Themen der „Zeitung gegen den Krieg“ Nr. 57

- US-KRIEGSFÜHRUNG: Neue (Atom-)Raketen in Deutschland mit dem Ziel Moskau
- Ukraine-Krieg: Eskalation oder Verhandlungen?
- ISRAEL/PALÄSTINA: Deutsche Staatsräson und Völkermord
- EU und AFRIKA: Doppelte Standards für Kriege und Wirtschaftsbeziehungen

- Gewerkschaften: Aktivitäten gegen Kriegsvorbereitung und Sozialabbau
- BUNDESWEHR: Präsenz in Litauen
- BUNDESHAUSHALT: Wofür brauchen wir die Rüstungsmilliarden

Vertrieb ab Montag, 19. August 2024

Bestellung und mehr: <https://zeitung-gegen-den-krieg.de/>

Palästina

INTERNATIONALER GERICHTSHOF

Rechtliche Konsequenzen aus der Politik und den Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem

Presseerklärung Nr. 2024/57 19. Juli 2024

Der Gerichtshof gibt sein Gutachten ab und beantwortet die von der Generalversammlung gestellten Fragen:

DEN HAAG, 19. Juli 2024 - Der Internationale Gerichtshof hat heute sein Gutachten zu den *rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem*, abgegeben.

Es sei daran erinnert, dass **die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 30. Dezember 2022 die Resolution A/RES/77/247 verabschiedet hat**, in der sie den Internationalen Gerichtshof unter Bezugnahme auf Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofs um ein Gutachten zu folgenden Fragen ersucht:

"(a) Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus der fortdauernden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel, aus seiner Besatzung, Besiedlung und Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes, einschließlich der Maßnahmen, die zur Veränderung der demografischen Zusammensetzung, des Charakters und des Status der Heiligen Stadt Jerusalem abzielen, und aus der Verabschiedung damit zusammenhängender diskriminierender Rechtsvorschriften und Maßnahmen?"

(b) Wie wirken sich die oben genannte Politik und die Praktiken Israels auf den rechtlichen Status der Besatzung aus, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen aus diesem Status?"

In seinem **Gutachten** antwortet der Gerichtshof auf die von der Generalversammlung aufgeworfenen Fragen mit folgenden Schlussfolgerungen:

- Die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden.

- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden ist, wieder gutzumachen.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die durch die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffene Situation als nicht rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der durch die fortdauernde Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten.
- Internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der unrechtmäßigen Anwesenheit des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten ergibt, als nicht rechtmäßig anzuerkennen.
- Die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung, die um die Stellungnahme ersucht hat, und der Sicherheitsrat, sollten die genauen Modalitäten und die weiteren Maßnahmen prüfen, die erforderlich sind, um der rechtswidrigen Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich ein Ende zu setzen.

Begründung [...] Weiter hier: [Sand im Getriebe](#)

Eine **vollständige Zusammenfassung des Gutachtens** ist in dem Dokument "[Zusammenfassung 2024/8](#)" enthalten. Der **vollständige Wortlaut des Gutachtens** ist auf der Seite der Rechtssache auf der Website des Gerichtshofs verfügbar. <https://www.icj-cij.org/case/186>

Norman Paech: Eine historische Entscheidung (aus [BIP-Aktuell #314](#))

[...] Bei aller Skepsis über die Wirkung dieses Gutachtens auf die Politik Israels und seiner Paten USA und BRD sollte seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. Jahrzehnte war die internationale Justiz systematisch aus dem Konflikt in Palästina herausgehalten worden. Erst in den letzten 10 Jahren war es zunächst der Internationale Strafgerichtshof (**IStGH**), der nach dem schweren Angriff auf Gaza 2014 mit über 2000

Toten und Zehntausend Verletzten die Untersuchungen wegen möglicher Kriegsverbrechen aufnahm. [...] Und nun steht er vor der Entscheidung, zum ersten Mal in der Geschichte einen westlichen Staatschef in Haft zu nehmen. Der **Internationale Gerichtshof** folgte, angetrieben durch die Klage Südafrikas gegen Israel und Nicaraguas gegen Deutschland. Der Auftrag der UN-Generalversammlung an den IGH initiierte

nicht nur das vierte Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit, sondern auch die grundsätzlichste, die gesamte Problematik der israelischen Besatzung umfassende Prüfung und Entscheidung. Die vom IGH geforderte Beendigung von über fünfzig Jahre Unterdrückung, Landraub und Apartheid in Palästina mag nicht sofort gelingen, ist aber dennoch eine historische Entscheidung der Internationalen Justiz.

Abkommen von 14 palästinensischen Organisationen

Vertreter von 14 palästinensischen Fraktionen haben in China ein Abkommen für eine Einheitsregierung unterzeichnet.

23.7.2024 - Sie einigten sich auf folgende Punkte:

[...] - (Israel) „zu zwingen, die Besetzung des Gazastreifens und der anderen besetzten Gebiete zu beenden sowie die Einheit der palästinensischen Gebiete – einschließlich des Westjordanlands, Jerusalems und des Gazastreifens – zu verteidigen.

- Die palästinensischen Organisationen begrüßen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, dass die Illegalität der israelischen Präsenz, Besetzung und Besiedlung auf dem Gebiet des Staates Palästina bestätigt und die Notwendigkeit ihrer schnellstmöglichen Beseitigung fordert.

- Ausgehend von dem am 4. Mai 2011 in Kairo unterzeichneten Abkommen über die Nationale Versöhnung und der am 12. Oktober 2022 unterzeichneten Erklärung von Algier werden wir [...] unsere Bemühungen zur Überwindung der Spaltung sowie die Umsetzung der Übereinkommen unter Berücksichtigung folgender Positionen fortsetzen:

a. Das Bekenntnis zur Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt im Einklang mit den einschlägigen UN-Resolutionen, insbesondere den Resolutionen 181 und 2334, und der Gewährleistung des Rechts auf Rückkehr gemäß der Resolution 194.

b. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die Besetzung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen sowie das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht für diese in allen zur Verfügung stehenden Formen zu kämpfen.

c. Bildung einer Interimsregierung der nationalen Versöhnung im Einvernehmen der palästinensischen Organisationen und durch Beschluss des Präsidenten auf der Grundlage des geltenden palästinensischen Grundgesetzes. Die Interimsregierung wird ihre Amtsgewalt in allen palästinensischen Gebieten ausüben und so die Einheit des Westjordanlands, Jerusalems und des Gazastreifens bekräftigen. Die Regierung wird die Zusammenführung aller palästinensischen

Institutionen auf dem Gebiet des palästinensischen Staates in Angriff nehmen, mit dem Wiederaufbau des Gazastreifens beginnen und die Abhaltung allgemeiner Wahlen vorbereiten, die unter der Aufsicht der Zentralen Wahlkommission baldmöglichst im Einklang mit dem verabschiedeten Wahlgesetz stattfinden sollen.

d. Bis die praktischen Schritte zur Wahl einer neuen Nationalversammlung erfolgt sind, sind [...] die Vereinbarungen über eine vereinigte Interimsführung vom 4. Mai 2011 unterzeichneten Dokument der Palästinensischen Nationalen Versöhnung maßgeblich.

[...]

Wir werden darauf hinwirken, dass die barbarische Belagerung unseres Volkes im Gazastreifen und im Westjordanland aufgehoben wird und humanitäre und medizinische Hilfe ohne jede Einschränkung und Bedingungen geleistet werden kann.

[...] Unterstützung der heldenhaften Standhaftigkeit unseres kämpfenden Volkes und seines tapferen Widerstands in Palästina, damit dieses die durch die verbrecherische Aggression verursachten Wunden und Zerstörungen heilen kann; Wiederaufbau dessen, was durch die Besetzung zerstört wurde; Unterstützung der Familien der Märtyrer und der Verwundeten sowie aller derer, die ihre Häuser, ihren Besitz und ihre Lebensgrundlage verloren haben.

[...] Wir bekräftigen unsere volle Unterstützung für die tapferen männlichen und weiblichen Gefangenen in den Gefängnissen und Lagern der Besatzer, die verschiedenen Formen von Folter und Unterdrückung ausgesetzt sind. [...]

Aus der Übersetzung der Pekingener Erklärung der 14 palästinensischen Organisationen: <https://dpg-netz.de/wp-content/uploads/ZurSache/16-2024-DPG-Zur-Sache-Pekingener-Erklärung.pdf>

S. auch: telepolis, [Historische Entscheidung in China](#) und [middleeastmonitor](#), 23. Juli 2024

Aktuelle Informationen: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

[Gaza-Sondernummer 1](#), Oktober 2023

[Gaza-Sondernummer 2](#), Dezember 2023

[Auszüge aus den Klagen von Südafrika und Nicaragua vor dem IGH](#), 24 Seiten
(mehr auf der [Sonderseite](#) zu der Klage Südafrikas)

Combatants for Peace: 15 persönliche Geschichten von Israelis und Palästinensern

"Liefere uns keine Waffen mehr" - Ein [Gespräch](#) mit dem Israeli Rotem Levin

Artikel in den SiG-Newslettern [SiG 153](#), [SiG 154](#), [SiG 155](#)

Ankündigung: **SiG-Sondernummer 3** über Palästina erscheint noch im August 2024 und wird Artikel enthalten, die zum Teil hier erschienen sind:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <https://www.ochaopt.org/>

Aktivitäten in Deutschland: <http://palaestina-solidaritaet.de/mein-kalender/> ;

Viele Links zu deutschen, palästinensischen, israelischen Organisationen hier: <https://www.kopi-online.de>

Frieden muss sein

Matthias Jochheim

Politische Ökonomie von Aufrüstung und Krieg – Welche Gegenrezepte?

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode

Vortrag im Juni 2024, Würzburg ([Video-Aufnahme](#))

Bundesverteidigungsminister Pistorius fordert, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Die USA brechen trotz einer Kette verlorener Kriege – von Vietnam über Afghanistan und Irak bis zur blutigen Sackgasse in der Ukraine – immer neue Rekorde im Bereich ihrer Rüstungsausgaben, allein rund 40 % der globalen Militäretats. Und die deutsche Regierung eifert dieser Politik mit ihrer enormen Aufblähung des Rüstungsetats nach – sogar mittels einer Verfassungsänderung –, und das auch nach gescheiterten Bundeswehrein-sätzen in Afghanistan und Mali.

Die politischen Begründungen halten Überprüfungen nicht stand: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch Waffenlieferungen etwa an Saudi-Arabien und Türkei, oder auch – gegen Antisemitismus? – wohl doch eher für die Aufrechterhaltung des israelischen Besatzungs-Regimes in den Palästinenser-Gebieten. Es gehe, wird uns gepredigt, um die globale Verteidigung einer „regelbasierten Ordnung“, so die deutsche Außenministerin, angelehnt an US-Floskeln – konsequente Respektierung und Befolgung von Völkerrecht und Menschenrecht sind damit offenbar nicht gemeint. Die zu verteidigenden Werte - es scheint, es handelt sich besonders um die Aktien-Werte etwa von *Rheinmetall* oder *Airbus Defence and Space*.

Und die Bedrohung durch die russische Aufrüstung wird weniger beängstigend, wenn wir die realen Daten vergleichen: 3,2 Millionen Soldaten der NATO-Staaten gegen 1,1 Millionen Soldaten Russlands; 6 030 NATO-Kampfflugzeuge gegenüber 1 377 russische Maschinen; Kampfpanzer NATO 8 901, Russland 2 000; bei der Artillerie 21 879 Geschütze der NATO gegen 5 485 russische; U-Boote: 143 NATO, gegen 50 russische Einheiten. (zitiert nach Lühr Henken, jW 26.06.24, Zahlen aus *The Military Balance*, herausgegeben vom *International Institute for Strategic Studies*, IISS).

Im folgenden sollen einige Hinweise auf die ökonomischen Motive der Kriegsakteure dargestellt werden, am Beispiel der einzigen militärischen Weltmacht, den USA, und ihres treuen Vasallen, der Bundesrepublik Deutschland.

Zur Einleitung: Rüstungskeynesianismus

Der Brite John Maynard Keynes, ein einflussreicher und kreativer Analytiker und Akteur in der Gestaltung der internationalen Ökonomie vor und nach dem zweiten Weltkrieg, setzte sich für aktives staatliches Eingreifen in die wirtschaftlichen Krisenprozesse ein, insbesondere durch staatliches „deficit spending“ der Regierungen, also die kreditfinanzierte Förderung der Konjunktur im Fall von Rezessionen. Diese Strategie wurde nun nach dem zweiten Weltkrieg

von der US-Regierung insbesondere im Bereich der Hochrüstung und dann auch in der Finanzierung einer Kette von Kriegen weiter angewendet, welche US-Regierungen seit dem Korea-Krieg (1950-53) – mit Millionen von Todesopfern – führten: dem Vietnamkrieg, dem Jugoslawienkrieg, dem Afghanistankrieg, dem Irak-Krieg, dem Krieg in Libyen, dem Angriff gegen Syrien, aktuell dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine – um nur die spektakulärsten zu nennen. In dieser Liste fällt auf, dass trotz enormem Gewaltein-satz ein dauerhafter militärischer Erfolg oft ausblieb, eklatant deutlich besonders in Vietnam und Afghanistan. Der Krieg am Hindukusch kostete 240 000 Menschen das Leben. Am meisten betroffen waren afghanische Kämpfende und Zivilpersonen, aber auch Opfer im benachbarten Pakistan. Wegen des Kriegs wurden seit 2001 5,9 Millionen der rund 35 Millionen Einwohner entweder zu Binnenflüchtlingen, oder flohen aus dem Land, zunächst nach Pakistan und Iran, von da aus häufig weiter nach Europa. Der Anlass für den Einmarsch von US- und NATO-Truppen waren die Terroranschläge des 11. September 2001, an denen allerdings kein Afghane beteiligt war! Die Kriegskosten allein der USA lagen bei 2 260 Milliarden Dollar d.h. pro Tag 300 Millionen Dollar! (*Quelle: «Forbes» und Zahlen des Projekts «Costs of War» der Brown University Rhode Island*) „Dass Kriege die Wirtschaft ankurbeln, ist eine alte Weisheit. Der US-Börsenindex «Standard and Poor's 500», kurz S&P 500, zu dem 500 große US-Unternehmen gehören, versechsfachte sich seit dem 18. September 2001, dem Tag der Kriegsankündigung durch US-Präsident George W. Bush, bis 2021.“ Profitiert haben die großen Waffenschmieden.

Weiteres Beispiel: **Irak-Krieg** (1991, dann 2003 bis heute): Joseph Stiglitz, früherer Weltbank-Direktor und Nobelpreisträger für Ökonomie, hat den Einsatz finanzieller Mittel für den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak bilanziert und in „*Die wahren Kosten des Krieges*“ 2008 publiziert: die langfristigen Belastungen des US-Bundesetats wurden mit über 3 Billionen Dollar beziffert. Für die Kriegsindustrie und den Haliburton-Konzern des damaligen Vizepräsidenten Dick Cheney allerdings eine Gelegenheit für hoch profitable Geschäfte.

Im Ukraine-Krieg

kämpfen seit über 2 Jahren, seit dem 24. Februar 2022 (dem Tag der russischen Invasion), die ukrainische Armee gegen die russischen Streitkräfte, erstere massiv unterstützt durch westliche Mächte, – primär die USA, an zweiter Stelle Deutschland – mit Waffenlieferungen und Ausbildung von

Soldaten. Schon seit längerem ist die Lage mit einem verlustreichen Stellungskrieg zu vergleichen – im US-Kongress war die massive auch finanzielle Unterstützung der Ukraine zeitweise durch den Widerstand der Republikanischen Partei blockiert, von der Zweifel an den Siegeschancen der Ukrainer geäußert werden. Der damalige Generalstabschef der US-Streitkräfte, General Mark Milley, sprach sich schon 2022 für Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus – er warnte vor einem Szenario wie im Ersten Weltkrieg mit Grabenkämpfen ohne strategische Entscheidungen, aber mit Millionen »sinnloser Toter«. Dies hinderte aber die US-Regierung zu dem Zeitpunkt nicht daran, weitere Milliarden an Rüstungsunterstützung auch von NATO-Partnern zu mobilisieren. Besonders engagiert dabei: die deutsche Bundesregierung. **Das aktuelle Argument** führender US-Politiker wie des Außenministers Blinken, um für weitere Unterstützung Kiews zu werben, angesichts großer politischer Widerstände: der Hinweis auf wirtschaftliche Vorteile. Antony Blinken nach einem Treffen mit seinem britischen Kollegen David Cameron in Washington: "**Wenn man sich die Investitionen ansieht, die wir in die Verteidigung der Ukraine getätigt haben (...), dann wurden 90 Prozent der von uns geleisteten Sicherheitsunterstützung tatsächlich hier in den Vereinigten Staaten ausgegeben - bei unseren Herstellern.**" Blinken betonte: "Das hat mehr amerikanische Arbeitsplätze und mehr Wachstum in unserer eigenen Wirtschaft geschaffen."

Aktuelle Aufrüstungs-Woge – Beispiel Deutschland

Rüstung durch Sozialabbau: Vor einigen Monaten wurde der Haushalt 2024 vom Bundestag verabschiedet. Fast überall gibt es Kürzungen, der Militäretat aber wurde stark erhöht - auf insgesamt rund 90 Mrd. Euro (knapp 19% des Gesamt-Haushaltes)! Doch das ist erst der Anfang: Das kreditfinanzierte „Sondervermögen“ von 100 Mrd € ist wohl 2027 aufgebraucht, danach drohen noch massivere Sozialkürzungen, um hohe Militärausgaben zu gewährleisten, warnte die „IMI“-Analyse. Politikprofessor Christoph Butterwegge kritisiert: „Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militär-politischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreis-Explosion und Inflation stark belastet wurde.“ (soweit Butterwegge)

Mit beeindruckender Deutlichkeit offenbart ein Beitrag in der „**Europäischen Sicherheit & Technik**“, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, die Konsequenzen einer haushaltsinternen Umschichtung in Richtung Militärausgaben: Es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten“, gibt dort Redakteur Ole Henckel zur Kenntnis. Am Ende stehe man aber vor einer simplen Wahl: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „30 Milli-

arden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die **Streichung von Sozial-Ausgaben zugunsten Militär und Rüstung drehen...** Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales.

Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“ Auch Verteidigungsminister Boris **Pistorius** wurde recht deutlich: Er verstehe ja diejenigen, „die nicht so viel Geld für Waffen und Munition ausgeben wollen“ – aber: „Am Ende geht es darum, dass wir in dieser Phase der Bedrohung neue Prioritäten setzen.“ Und weiter: „Natürlich müssen sich die Berechnungen nun auch in der Mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen. Das heißt: Die Weichen für den Aufwuchs des Verteidigungsetats müssen noch in diesem Jahr gestellt werden.“ Christoph Butterwegge fasste die anstehenden Entscheidungen folgendermaßen zusammen: „Wird das größte Aufrüstungsprogramm seit Gründung der Bundeswehr 2026/27 – wie geplant - in den regulären Staatshaushalt überführt, bleiben die soziale und die Klimagerechtigkeit womöglich ganz auf der Strecke..“ (Zitate in diesem Abschnitt aus <https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau/>; Jürgen Wagner, 2. Feb. 24)

Rüstungsfinanzierung der US-Regierung:

Jeffrey Sachs (US-amerikanischer Ökonom, u.a. Direktor des UN Sustainable Development Solutions Network): „Die Schuldenlast der US-Regierung hat inzwischen rund 25 Billionen Dollar erreicht, fast entsprechend der gesamten Höhe des Bruttosozialprodukts der USA. Zum Vergleich: noch im Jahr 2000 betrug die entsprechende Relation (Schuldenhöhe zu BSP) 35%. Sehr viel von diesem Geld ging, so Sachs, in die „nutzlosen, zerstörerischen Kriege der USA in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen und jetzt der Ukraine“ (<https://www.youtube.com/watch?v=6X8B8vDR7pI>); außerdem in die Finanzierung von rund 800 ausländischen US-Stützpunkten weltweit. Profiteure sind US-Konzerne wie General Dynamics, Boeing, und Munitionsproduzenten. In den letzten Jahrzehnten wurde das US-Budget außerdem aufgebläht durch die Banken-Finanzkrise und die finanziellen Folgen der Corona-Krise. Die NATO-Erweiterung, so Sachs, ist ein Projekt des Militärisch-Industriellen Komplex und seiner mächtigen Lobby, ein Projekt, um zusätzliche Märkte in Gestalt neuer Mitgliedstaaten zu generieren. Präsident Biden ist seit langem Teil dieser Lobby des MIC (Militärisch-Industrieller Komplex), die für eine Non-Stop-Eskalation internationaler Spannungen steht. Die astronomischen Kriegs- und Rüstungsausgaben hätten Steuererhöhungen erforderlich gemacht, wegen des dadurch zu erwartenden gesellschaftlichen Widerstands werden aber stattdessen

zusätzliche Kredite auf den weltweiten Finanzmärkten aufgenommen, u.a. in den vergangenen Jahren auch in China – gegen das gleichzeitig Vorbereitungen für einen Krieg getroffen werden. (Laut SIPRI seien die US-Kriegs- und Rüstungs-Ausgaben jetzt höher, als die Summe der entsprechenden Etats der in der Rangfolge nächsten 10 Staaten, inkl. China.)

In Bezug auf den aktuellen Krieg in der Ukraine wies Sachs auf die jahrelange Einflussnahme der US-Regierung über die führende Funktionärin Victoria Nuland hin – bis vor kurzem Staatssekretärin des US-Außenministeriums; noch kurz nach Beginn der russischen Invasion schien eine Verhandlungslösung im Rahmen der Istanbul-Verhandlungen möglich – diese sei an der kategorischen Ablehnung durch die US-Regierung gescheitert.

Resümee, Schlussfolgerungen und Perspektiven

Steigende internationale Spannungen, massive Aufrüstungsmaßnahmen und manifeste Kriege - von der Ukraine über Palästina bis zu Flottenmanövern in Inselregionen vor der chinesischen Küste mit Beteiligung auch eines deutschen Kriegsschiffs: die regierungsamtlichen und in weiten Teilen der deutschen Medien verbreiteten Szenarien und Absichtserklärungen müssen mit großem Misstrauen und Besorgnis betrachtet und kritisch durchleuchtet werden. Feindbildpflege und Verklärung der eigenen Rolle, ebenso wie die dauerhafte Stationierung von Bundeswehreinheiten in Litauen und die führende deutsche Teilnahme am gigantischen NATO-Manöver „Steadfast Defender“, mit klarer Stoßrichtung gegen Russland, müssen KriegsgegnerInnen in Alarmbereitschaft versetzen.

Welche Gründe, welche ökonomischen Mechanismen lassen sich für diese dramatischen Zuspitzungen identifizieren? Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion Anfang der 90er-Jahre war vom Ende des kalten Kriegs die allgemeine Rede – es gälte, die Sicherheitsbedürfnisse der anderen Seite in den eigenen Planungen zu berücksichtigen. Der Kollaps des „sozialistischen Lagers“ in Osteuropa, dann auch der Sowjetunion eröffneten den westlichen Wirtschaftsmächten große Räume der finanziellen Expansion, der gewinnträchtigen Anlagemöglichkeiten. Demgegenüber traten dann aber auf zwei Ebenen Anfang der 2000er Jahre gravierende Änderungen ein: in Russland wurde vom Jelzin-Nachfolger Putin eine Konsolidierung der staatlichen Funktionen gerade auch in der ökonomischen Lenkung bewirkt; und die konjunkturellen Entwicklungen ließen wieder die zyklischen Krisenmerkmale auftreten, die für den Kapitalismus kennzeichnend sind. Zu diesen Zyklen gehört das Phänomen der Über-Akkumulation. Die Folge ist eine Tendenz zu Überproduktion, Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Armut.

Kapitalvernichtung

Der (systemimmanente) Ausweg aus der Überakkumulationskrise ist die Kapitalvernichtung. Das überakkumulierte Kapital verliert ganz oder teilweise seinen Wert. Diese Vernichtung kann durch die physische Zerstörung von Produktionsmitteln und Warenvorräten vonstattengehen, etwa im

Zuge der Stilllegung von Fabriken oder der Entsorgung unverkäuflicher Güterbestände. Sie kann ebenso durch die Entwertung von Kapitalbestandteilen (Preisverfall) oder, im Falle des sogenannten fiktiven Kapitals, durch den kompletten oder teilweisen Wertverlust von Wertpapieren wie Aktien, Obligationen oder Schuldverschreibungen geschehen. Ausreichend große Kapitalvernichtung ist die Voraussetzung für eine wieder ausreichende Verwertung des verbleibenden Kapitals und damit für eine erneute zügige Akkumulation.

Eine Form der staatlichen „Wirtschaftsförderung“ ist die massive Steigerung von Waffenkäufen. Zweifellos weist die Rüstungsökonomie gegenüber anderen Abteilungen der Volkswirtschaft für die beteiligten Unternehmen attraktive Besonderheiten auf: einziger Abnehmer und Auftraggeber ist der Staat. Diese Industrie ist in besonderem Maße monopolisiert, und Korruption ist eine durchgängige Begleitscheinung dieses Wirtschaftszweigs. Es tritt wenig an innerkapitalistischen Reibungsverlusten auf, wie sie etwa bei öffentlichen Investitionen in die Energiewende durch Widerstände der Montanindustrie zu verzeichnen sind. Und die Aufnahmefähigkeit dieses „Marktes“ scheint schier unerschöpflich – jeder Krieg sorgt für weiteren, tendenziell grenzenlosen Bedarf, wie jetzt schon in der Ukraine auffällt. Der Rüstungssektor ist weder dem Investitions- noch dem Konsumgüter-Sektor zuzurechnen, de facto ist sein wesentlicher Zweck die Kapitalvernichtung – im Krieg bevorzugt natürlich beim geopolitischen Konkurrenten. Der Logik dieser Wirkung von Rüstung und Krieg entspricht, dass die Weltkonjunktur nach den grauenhaften Opfern und Verwüstungen des zweiten Weltkriegs zunächst eine lange Wachstumsphase erlebte. Und die Wiederauferstehung der westdeutschen Industrie wird auch der „Konjunkturförderung“ durch den Korea-Krieg zugeschrieben!

Konsequente **Heilung der globalen Krankheit „Krieg“** erfordert deshalb einen grundlegenden Wandel ökonomischer Wirkprinzipien und Strukturen. Wenn dies nicht mit Weitblick, Mut und Tatkraft konzipiert und verwirklicht wird, können die schwerwiegenden globalen Gefahren nicht bewältigt werden.

Die wichtige Initiative **„Sicherheit neu denken“** bringt es auf den Punkt: *„... das Festhalten an militärischer Aufrüstung verhindert national wie international das notwendige entschiedene Anpacken der Klimakrise. Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren und die CO-2 Emissionen systematisch herunterfahren, können wir gemeinsam die Klimakrise meistern.“* Dazu müssen wir allerdings auch klar und deutlich die mächtigen gesellschaftlichen Kräfte adressieren, die solchen Zielen aus ebenso kurzsichtigen wie eigensüchtigen Motiven entgegenstehen.

Gesellschaftliche Veränderungen, die an den **Ursachen von Militarismus, Rüstungswahnsinn und Krieg** ansetzen, müssen eine grundlegende Umwälzung zum Ziel haben: die Demokratisierung der Ökonomie, hin zu einer Wirtschaftsweise, die nicht mehr der maximalen Kapitalakkumulation zu Diensten ist, sondern den wesentlichen Lebensbedürfnissen der großen Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten.

Ingeborg Schellmann

Bayern Vorreiter der Militarisierung der Universitäten und Schulen

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Wolfgang Borchert

Am 23. Januar dieses Jahres brachte die Bayerische Staatsregierung als erste Landesregierung aller 16 Landesregierungen ein Gesetz zur Militarisierung der Hochschulen ein. „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ so der Titel des Gesetzes. Das Gesetz wurde am 17. Juli 2024 verabschiedet.

Die Begründung des Gesetzes, seine fast geräuschlose Beratung und die Reaktion der Hochschulen, der Medien und einiger Interessenvertretungen offenbaren, mit welchem Nachdruck die allgemeine Kriegsertüchtigung die Gesellschaft institutionell durchdringen soll.

In der [Presseerklärung vom 23. Januar](#) rühmte sich die Bayerische Staatsregierung, als erstes Bundesland zur „Stärkung der Bundeswehr“ und zum „Schutz Deutschlands“ voranzugehen. Durch „verbesserte Rahmenbedingungen und verringerte bürokratische Aufwände“ soll „Bayern zudem noch attraktiver als Standort für die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte sowie für die forschungsintensive Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ werden. Dass sich der Staat um verbesserte Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sorgt und dies mit aller Selbstverständlichkeit verkündet, wirft die Frage auf, ob und wieviel Lobbyisten die Feder führten.

Der „andauernde Krieg Russlands in der Ukraine und die Drohungen Putins gegen den Westen“ würden eine „starke Bundeswehr“ zur Verteidigung des Landes erfordern. Putin und das unvermeidliche Schicksal eines andauernden Kriegs hängen als Menetekel über dem Land und wecken die alte Angst vor dem Osten. Vergessen und aus dem Geschichtsbewusstsein gelöscht, dass vom Osten vor mehr als 30 Jahren [Michail Sergejewitsch Gorbatschow](#), ein großer Friedensstifter, den Gedanken einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands in die Weltpolitik trug und es der Westen war, der stattdessen einseitig die Osterweiterung vorantrieb und sich nicht mit Russland abstimmt. Kein Gedanke, dass ein Krieg durch Verhandlungen beendet werden kann, und Verhandlungen im Ukraine-Krieg werden nicht ernsthaft ins Auge gefasst.

„Die Bundeswehr“ gehöre „in die Mitte der Gesellschaft.“

Die Forschung zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung im Bereich KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen solle gefördert werden. Für die Hochschulen gelte ein Kooperationsgebot, das zu einer Kooperationspflicht werde, wenn es die nationale Sicherheit erfordere. An Bayerns Hochschulen dürfe es „auch künftig keine Zivilklauseln geben“. Damit werde die Bundeswehr und auch „Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als die industrielle Basis unserer Verteidigung und Sicherheit“ gestärkt“.

„Im Bereich der politischen Bildung“ sollen „alle staatlichen Schulen mit den Jugendoffizieren sowie den „Blau-lichtorganisationen“ zusammenarbeiten“. Diese sollten auf „Ausbildungs-, Berufs- und Dienstmöglichkeiten zur beruflichen Orientierung“ hinweisen können. Eine starke Bundeswehr brauche Nachwuchs. Werbung solle unterbleiben. Eine Abgrenzung bleibt ungeklärt.

Eine militärische Infrastruktur sei zu fördern, damit die Bundeswehr ihre „Drehscheibenfunktion“ „im Herzen des europäischen Kontinents für die NATO“ erfüllen könne. „Milliarden“ seien „für moderne Kasernen, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten“ geplant.

Der „Investitionsstau“ werde durch Entbürokratisierung und Deregulierung überwunden. Bauvorhaben auf militärischem Gelände würden verfahrensfrei gestellt. Kommunale Bauvorschriften würden für die Bundeswehr nicht gelten. Militärische Interessen hätten Vorrang vor dem Denkmalschutz.

Das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr sei das erste Gesetz eines deutschen Landes zur Stärkung der Streitkräfte und der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Staatsregierung setze damit in ihrem eigenen Wirkungsbereich die sicherheitspolitische Zeitenwende um und setze ein klares Signal der Unterstützung an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Kritiken am Gesetzentwurf

Scharfe Kritik kam [von den Grünen, die SPD](#) zeigte sich nur skeptisch im Hinblick auf die Wissenschaftsfreiheit. Während Institutionen und Medien grundsätzlich zustimmend antworteten, kamen kritische Stimmen nur aus der Gesellschaft– beispielsweise von [der GEW Bayern, der DFG-VK, der IMI](#) – der Informationsstelle für Militärforschung.

Die bayerische Universitätskonferenz begrüßt das Gesetz

Die bayerische [Universitätskonferenz](#), ein Netzwerk aller bayerischen Universitäten, nahm eine unrühmliche Rolle ein. Sie begrüßte mit Schreiben vom 15.3. dieses Jahres den Gesetzesentwurf und berief sich auf zentrale Empfehlungen von bayerischen Universitäten. Diese würden grundsätzlich sowohl die Analyse der Staatsregierung in Bezug auf die veränderte globale sicherheitspolitische Bedrohungslage als auch den Bedarf zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit teilen und die notwendige Kooperation der Hochschulen begrüßen. Sie würden das verfassungsmäßige Ziel einer wehrhaften und verteidigungsfähigen Demokratie gegen Bedrohungen von innen und außen unterstützen.

Der Verteidigungsauftrag und die Wissenschaftsfreiheit seien nach herrschender Meinung verfassungsrechtlich gleichrangig, was einem Ausverkauf der akademischen

Freiheit an das Militär gleichkommt. Sie bekräftigen dies, indem sie die Förderung der Bundeswehr als „Herausforderung“ annehmen und dem Militär nur eine Grenze setzen, nämlich die, dass „jegliche Kooperation mit der Bundeswehr die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit nicht untergraben“ dürfe. Die Kooperation solle freiwillig sei, Für wissenschaftliche Fachkräfte solle keine Verpflichtung gelten.

Sollten diese jedoch gegen eine Kooperation und für die Wissenschaftsfreiheit eintreten, ist es fraglich, ob sie einen Schutz der Universität als Institution erfahren würden und ob ihre Laufbahn nicht beeinträchtigt werden würde. Zur Kooperationspflicht der Universitäten als Institution aus Gründen nationaler Sicherheit fehlt eine eindeutige Stellungnahme.

Auf Bundes- und auf EU-Ebene sollten „Anreizstrukturen“ (gemeint sind Finanzierungsmöglichkeiten) geschaffen werden und das Land Bayern hierauf hinwirken.

Forschungsergebnisse sollten zum militärischen Nutzen nur der Bundeswehr, d.h. der nationalen Armee, zur Verfügung stehen, aber „aus praktischen Gründen“ nicht den NATO Staaten. „Der Landesgesetzgeber kann (...) die Möglichkeit von Zivilklauseln definitiv ausschließen.

Letztlich hielt die Konferenz („Hochschulverband“ als Gattungsbegriff gemeint) das Gesetz für unbedenklich und öffnete bereitwillig dem Militär die Türen der bayerischen Universitäten.

Stellungnahmen

[Der Bayerische Elternverband](#) sah die Zusammenarbeit der Schulen mit der Bundeswehr grundsätzlich positiv und meinte, dass diese bereits mit den bestehenden Regelungen unkompliziert und vollumfänglich möglich sei. Deshalb sei eine Neuregelung der Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr nicht notwendig.

[Der Bayerische Rundfunk](#) beschränkte sich auf die Wiedergabe des Gesetzes und meinte, dass Bayern nicht viel bewirken könne, da der Bund für die Bundeswehr zuständig sei.

[Das ZDF](#) brachte zumindest einige kritische Stimmen, so die Kritik der GEW und des Bundeselternrats, der ein „von oben vorgegebenes Angstszenario“ befürchtete.

[Die SZ](#) beschrieb lediglich die Inhalte des Gesetzes und die [Debatte im Landtag](#) und meinte: „[Universitäten sollten für das Militär forschen](#)“.

Einzig die GEW Bayern nahm eine auf der ganzen Linie kritische Haltung ein. Dem Friedensgebot verpflichtet kritisierte sie die im Gesetz verankerte militärische Konfliktlösungen und die Rüstungsproduktion. Das Verbot der Zivilklausel für die Universitäten sei mit der Autonomie und der Selbstverwaltung bayerischer Hochschulen unvereinbar und verletze Art. 5 GG.

Militärische Forschung verstärke den Trend zur Hochtechnologie und den Naturwissenschaften zu Lasten der Geistes- und Sozialwissenschaften und verschärfe die Verteilungskämpfe, da den Hochschulen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden würden. Das Gebot bzw. die Verpflichtung zur Zusammenarbeit ziviler Hochschulen mit der Bundeswehr sei unvereinbar mit der im Grundgesetz in Art. 5 Abs. 3 verankerten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Entschieden wandte sich die GEW gegen den Einsatz von Jugendoffizieren in den Schulen. Das Gesetz decke sich mit der Forderung des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius für eine neue Anwerbekampagne. Das Kooperationsgebot mit der Bundeswehr führe pädagogische Grundsätze, die Fähigkeit zur eigenen Meinung zu fördern, ad absurdum ([„Beutelsbacher Konsens“](#) von 1976). „Unter dem Vorwand gesellschaftspolitischer Information würden Schulen und andere Bildungsinstitutionen zu Rekrutierungsorten durch die Hintertür“. Ausführlich beschreibt die GEW die suggestive Werbung der Bundeswehr mit falschen Verheißungen durch „Karriere-Trucks“ und „Gamescom“ und geißelt den „skandalösen Umstand, dass seit fünf Jahren jeweils ein Viertel aller minderjähriger Soldat*innen in Bayern rekrutiert“ werde. In diesem Zusammenhang verweist die GEW „auf den sexuellen Missbrauch, die sexuelle Belästigung und sonstige Formen von Gewalt gegen Kinder in den Streitkräften“.

„Der Besuch der Bundeswehr im Klassenzimmer“ stelle „einen Bruch des Neutralitätsgebots der politischen Bildung dar“. Denn die Bundeswehr verfüge über ein enormes Budget und hauptamtliche Jugendoffizier*innen. „Kein Verein und keine Gruppierung der Friedensbewegung“ verfüge „über ähnliche Mittel“.

[Die DFG-VK](#) Bayern initiierte Demonstrationen in Erlangen und München.

Einige [Abgeordnete der Linken beantragten am 03. Juli dieses Jahres](#) im Bundestag: Keine Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen – Einsatz von Jugendoffizieren beenden – Zivilschutz fördern. Der Antrag wurde noch nicht beraten (Stand 27.7.2024)

Die [GEW Bayern brachte am 18. Juni eine Petition](#) auf den Weg: Keine Militarisierung der Zivilgesellschaft! „Die Petent*innen und Unterstützer*innen bemängeln, dass das geplante „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ unverhältnismäßig in die Autonomie der Hochschulen und damit in die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit eingreift und gegen die Gewissensfreiheit an Schulen verstößt.“ Diese Petition wird von anderen Verbänden unterstützt – von der DFG-VK, dem Münchner Friedensbündnis, Pax Christi u.a. Zusammen mit der DFG-VK Bayern reichte sie die von mehr als 1500 UnterstützerInnen unterzeichnete Petition ein (9.7.2024).

Am 17. Juli 2024 hat der Bayerische Landtag das [Gesetz](#) beschlossen, wonach Hochschulen und Schulen zu einer engeren Kooperation mit der Bundeswehr verpflichtet werden. Die Kritik ist laut – am Ende dürfte das Gesetz vor Gerichten landen ([Bayerische Staatszeitung](#), 17.7.2024)

[Die GEW plant eine Klage](#) gegen das Gesetz vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof, zusammen mit [Die Linke Erlangen](#).

Es ist also noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Das bayerische Gesetz zur Förderung der Bundeswehr könnte nur der Anfang sein. Andere Bundesländer werden sehr wahrscheinlich folgen wie seinerseits bei den [Änderungen des Polizeiaufgabengesetzes](#). Das Militär soll sich nicht nur in der Gesellschaft nachhaltig verankern und sichtbar sein, es soll auch von den ohnehin begrenzten materiellen Ressourcen der Universitäten und Schulen profitieren.

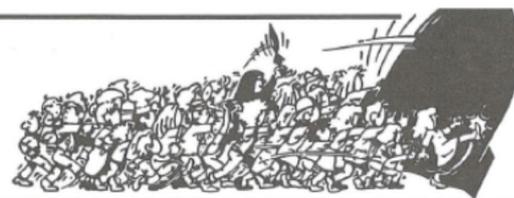
Martina Jäger

Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen in Deutschland

Hintergrundinformationen

Tomahawk

~~PERSHING II~~
CRUISE MISSILES
NEIN!



Nach Gesprächen im Vorfeld des NATO-Gipfels, der vom 9. - 11. Juli 2024 in Washington D.C. tagte, haben Deutschland und die USA eine Vereinbarung zur Stationierung weitreichender konventionell bewaffneter US-Mittel- und Langstreckenraketen auf deutschem Staatsgebiet getroffen.

Das zugleich stattfindende 75-jährige NATO-Jubiläum fand demnach in kriegstüchtiger Bombenstimmung statt.

„75 Jahre NATO sind 75 Jahre Sicherheit, Stabilität und Frieden“, so Kanzler Scholz. (1)

Die Bundesregierung informiert (2): „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung, zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren.

Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM-6, Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche hypersonische Waffen umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen.

Die Beübung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung.“

Eine ausreichende und informative Diskussion zur Sache fand in der Öffentlichkeit nicht statt. Dass Verhandlungen und Abrüstungsverträge zur Beendigung oder Verhütung von Konflikten notwendig sind, erkennt die politische Klasse in der USA und Deutschland nicht mehr und handelt verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung in Europa.

Geplant sind moderne Waffensysteme, die fast den gesamten europäischen Teil Russlands abdecken:

- Tomahawk-Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 2.000 Kilometern;

- Ballistische Raketen vom Typ SM-6 mit einer Reichweite von weniger als tausend Kilometern, die von der Flugabwehr gegen Bodenziele umgerüstet werden;

- Hyperschallraketen vom Typ Dark Eagle im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium, mit hoher Geschwindigkeit, Präzision und Reichweite (mehr als 2000 Kilometer).

„Auch wenn die geplanten Flugkörper mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden, was ihren Einsatz wahrscheinlicher macht, sind sie nuklearfähig, können also mit Atomwaffen bestückt werden.“, berichtet die Naturwissenschaftler*innen-Initiative NatWiss in einer aktuellen Erklärung. (3)

Russland reagierte bereits. Vizeaußenminister Sergej Rjabkow warnt die USA und Deutschland vor der Stationierung von Hyperschallwaffen und Tomahawk-Marschflugkörpern in Europa. Moskau werde „kompensatorische Maßnahmen“

ergreifen, sollte Deutschland „eskalierende Maßnahmen“ unter dem Vorwand der Situation in Kaliningrad einleiten. Auf die Frage nach einem möglichen Einsatz von Atomwaffen, sagte Rjabkow, er schließe „keine Optionen“ aus. (4)

In einer Flugschrift der DFG-VK Bayern (5) wurde hingewiesen, dass das Abschreckungsprinzip nicht mehr in militärisch-strategische Erwägungen gezogen wird. „Lange gab es ein vermeintliches „Gleichgewicht des Schreckens“, das einen Atomkrieg zwischen NATO und Russland verhindern sollte. In der Zwischenzeit wurden aber Verträge aufgekündigt und Atomwaffen sowie Abwehrsysteme werden modernisiert. Dadurch kommt das Gleichgewicht ins Wanken und ein Atomkrieg wird wahrscheinlicher. Die atomare Abschreckung wurde bisher so gerechtfertigt: Wer angreift, hat keinen Vorteil, denn es gilt: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Dies wurde als die „gegenseitige gesicherte Zerstörungsfähigkeit“ bezeichnet, englisch: „Mutual Assured Destruction“, kurz „MAD“

Seit Jahren spielt der Enthauptungs-, Präventiv- oder auch Erstschlag für Russland und die USA zunehmend eine Rolle und wird in Erwägung gezogen. „Mit einem Überraschungsangriff (ein „Erstschlag“ oder „Präventivschlag“) könnte der Gegner weitgehend entwaffnet und handlungsunfähig gemacht werden. Mittel des Enthauptungsschlages sind die Bomber und Marschflugkörper mit Hyperschallgeschwindigkeit und Stealth-Technik, die Abwehrsysteme zerstören bzw. überwinden können.“ (6)

Friedensorganisationen haben bereits ablehnend reagiert:

<https://dfg-vk.de/stationierung-von-mittelstreckenraketen-erhoht-eskalationsgefahr>

<https://www.ipnw.de/presse/artikel/de/ipnw-kritisiert-plaene-zur-stationie.html>

<https://www.imi-online.de/2024/07/12/gefahr-einer-weiteren-eskalation-mit-russland> (Flyer, 4 Seiten)

(1) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nato-feiert-75-jahre-2298132>

(2) [Bundesregierung](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nato-feiert-75-jahre-2298132)

(3) <https://natwiss.de/keine-mittelstreckenraketen-eskalationsspirale-jetzt-beenden-und-abruesten/>

(4) [Berliner Zeitung, 19.7.2024](https://www.berliner-zeitung.de/19.7.2024)

(5) <https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2023/06/230614-Bombenstimmung-neu.pdf>

(6) <http://www.abruesten.de/index.php?ID=7>

Stellungnahme von Wolfgang Richter, Oberst a.D.:

Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland -
Konzeptioneller Hintergrund und
Folgen für die europäische Sicherheit:
<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf>

Initiative „Frieden schaffen“

Nein zu Deutschland als Kriegspartei

Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!

Was unser Land braucht, ist eine **starke Friedensbewegung**, die sich der zunehmenden Militarisierung in der Politik und den öffentlichen Debatten entschieden widersetzt. Das haben wir in den 1980er Jahren gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen getan und das tun wir auch heute. In der Ukraine ist die Eskalationsdynamik des Krieges ungebrochen und verschärft sich weiter. An dieser historischen Weichenstellung dürfen wir nicht schweigen.

Vor einem Jahr haben wir mit dem Aufruf „**Frieden schaffen jetzt!**“, dem sich auch viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen angeschlossen haben, den Bundeskanzler aufgefordert, schnell auf einen Waffenstillstand zu drängen und Friedensverhandlungen zu vermitteln.

Doch das Töten, die schweren Verletzungen, die Zerstörungen, das Leid und Elend der Menschen gehen weiter. **Die Gefahr eines großen Krieges in Europa droht wieder zu einer denkbaren Zukunft zu werden.**

Dass die unmittelbare Kriegsschuld Russlands außer Frage steht, ändert nichts daran, dass es zuerst um den Frieden gehen muss.

Krieg ist unmenschlich. Wir wissen aus den Katastrophen der beiden Weltkriege: **Krieg kennt keine Grenzen in sich.** Der Krieg in der Ukraine darf nicht weiter eskalieren und zu einem großen Krieg werden.

Doch bei uns wird bei Waffenlieferungen in die Ukraine immer vor „roten Linien“ gewarnt, die nicht überschritten werden dürfen, um sie dann auf inneren oder äußeren Druck doch zu überschreiten. Wir verurteilen die unsägliche Kriegsrhetorik von Politikern der Regierungs- wie der Oppositionsparteien sowie großer Teile der Medien.

Das EU-Europa, das sich in eine wachsende Abhängigkeit gegenüber den USA begeben hat, muss wieder zu einer eigenständigen Friedensmacht werden, in der die Diplomatie im Zentrum steht.

Aus der extrem gefährlichen **Cuba-Krise von 1962** hatten beide Supermächte gelernt, dass sie die elementaren Interessen und Bedrohungen des Kontrahenten wahrnehmen müssen. Das ist die Grundlage der **Entspannungspolitik**.

Doch im Ukraine-Krieg geschieht das Gegenteil. **Vieles erinnert schmerzhaft an den Juli des Versagens 1914 vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs.** Aber in Deutschland sollen wieder Waffensysteme stationiert werden, die mit sehr kurzen Vorwarnzeiten konventionelle Sprengköpfe und sogar Atomwaffen nach Russland tragen können.

Wir sagen Nein zu landgestützten Raketensystemen, die im INF-Vertrag verboten wurden.

Wir sagen Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein Heißer Krieg werden kann. Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die „ultima ratio“, sie ist die „ultima irratio“.

Die Konflikte und Spannungen der Welt werden größer, wenn der Krieg nicht beendet wird und Russland auf dem Rücken der Ukraine niedergelastet werden soll. Und im Hintergrund spitzt sich die Rivalität der USA mit der neuen Supermacht China weiter zu.

Die NATO-Staaten werden in der Ukraine faktisch zu Kriegsparteien, wenn sie nicht Aufrüstung und Waffenlieferungen stoppen und zu einer friedlichen Alternative kommen. Die Strategie, den Gegner niederzurüsten, ist von den Militärs der NATO-Führung vorgegeben und verfolgt in erster Linie die Interessen der USA. In Wiesbaden entsteht mit 700 Militärs die *Nato Security Assistance and Training for Ukraine* (NSATU), 40 davon stellt die Bundeswehr.

Deutschland droht in den Krieg abzurutschen. Dagegen stehen wir. Auch wenn behauptet wird, dass die NSATU aus der NATO keine Konfliktpartei macht, hat sie nur eine Aufgabe: immer mehr Waffen in die Ukraine zu liefern. Diese Aufrüstung wird in Deutschland koordiniert. Unser Land wird zur Kriegspartei.

Frieden braucht eine „**Europäisierung Europas**“ und eine **gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur**. Mehr Gemeinsamkeit in unserer Welt mit Staaten unterschiedlicher Ordnung kann nur heißen: **Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit.** **Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg! Wir brauchen eine Politik des Friedens und der Vernunft.**

*Wir rufen auf, sich an den **Friedensaktionen am 6. August und am 1. September** an vielen Orten und **am 3. Oktober 2024 an der bundesweiten Demonstration in Berlin** zu beteiligen und dafür zu werben.*

Berlin, den 17. Juli 2024

<https://friedenschaffen.net/>



Dritter Weltmarsch für Frieden und Gewaltfreiheit:
2. Okt. 2024 - 5. Jan. 2025
<https://theworldmarch.org/de/manifest-des-3-weltmarsches-fuer-frieden-und-gewaltfreiheit/>

Newsletter „Sicherheit neu denken“ (SND)
(...) Die Strategie skizziert Ansätze, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und diese mit friedlichen Mitteln zu bearbeiten. Kern der Strategie sind zivile Kapazitäten zur Bearbeitung von Konflikten, Maßnahmen zur Stärkung des internationalen Gewaltverbots sowie die Adressierung von Konfliktursachen durch zivile Krisenprävention und Vertrauensbildung. (...) <https://www.sicherheitneudenken.de/>; Newsletter Juli 2024

Initiative „Nie wieder Krieg“ <https://nie-wieder-krieg.org/>
Unterstützung für bundesweite Friedensdemo am 3.10.2024
Nein zu Krieg und Hochrüstung!
Ja zu Frieden und internationaler Solidarität



**Nein zu Krieg und Hochrüstung!
Ja zu Frieden und
internationaler Solidarität.**

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza! – Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen! – Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe!

Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Friedenszerziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen! – Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall! – Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen! – Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungs austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen! – Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam.

Es ist kurz vor 12!

Widerstand und Protest – jetzt!

Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 12:30 Uhr nach Berlin!

Es liegt an uns!

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ [Flyer](#)

Powerpoint-Präsentation eines Vortrags von **Ralf Krämer** „[Militarisierung oder Sozialstaat](#)“, 18.6.2024

Unterschriftenaktion: Gewerkschaften gegen Aufrüstung -

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit [...] Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. [...] <https://gewerkschaften-gegen-aufruetzung.de/>

Zusammenfassung der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenzen „Waffen runter, Löhne rauf!“

[...] Große Einigkeit bestand darin, dass sich unsere Gewerkschaften wesentlich stärker zu den großen Fragen von Krieg und Frieden positionieren müssen, um ihre Kernanliegen im Bereich der Tarif-, Sozial- und Umverteilungspolitik wirksam durchsetzen zu können. (...) <https://perspectac.de/artikel/waffen-runter-loehne-rauf/>, Juni 2024

Sammelband: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg – Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung

Ulrike Eifler (Hrsg.) <https://www.dampfboot-verlag.de/shop/artikel/den-frieden-gewinnen-nicht-den-krieg>

75 Jahre NATO: Interview mit US-Oberst a.D. Ann Wright - [Pressenza](#) 16. Juli 2024: „Ich glaube, dass die Politik der US-Regierung die Welt zu einem gefährlicheren Ort macht.“ „Und nach meinem Rücktritt vor 21 Jahren stehe ich der NATO und ihrem 75. Jahrestag sehr, sehr negativ gegenüber, denn die NATO scheint heute keine Kraft mehr für den Frieden, sondern eher eine Kraft für den Krieg zu sein.“ **Zur NATO:** <https://www.imi-online.de/category/themen/nato/> USA: <https://www.codepink.org/tags/nato> Großbritannien: <https://cnduk.org/resources/no-to-nato/> <https://www.no2nato.org/>

Taktische Atombomben» – und ihre grausamen Folgen, [Infosperber](#) 11.08.2024: Die «Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen» beschreibt, was Kinder in Hiroshima und Nagasaki erlebten.

**GEWERKSCHAFTEN
GEGEN AUFRÜSTUNG**

